Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich bis auf Weiteres zweimal: Mittwoch und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle 5,75 Mk., in den Verkaufsstellen 6,00 Mk., durch die Post bezogen 6,30 Mk. vierteljährlich.
Einzelne Nummer 25 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 50 Pf.
Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 1 Mk., für Auswärtige 1,25 Mk., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 3spaltige Petitzeile 2,50 Mk. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.
Beilagegebühr nach Vereinbarung.

49. Jahrgang. Mit der Beilage: Amtliches „Namslauer Kreisblatt." Fernsprecher 224.

Nr. 77. | Verantwortlich für die Schriftleitung Karl Dietz Namslau | Namslau, Mittwoch den 28 September | Druck, Verlag und Expedition: Karl Dietz Namslau | 1921.

Die Katastrophe in Oppau.

Die Beisetzung der Opfer.

Mannheim, 25. September. Unter Beteiligung großer Bevölkerungsmassen, etwa 70000 Menschen aus Ludwigshafen, Mannheim und der Pfalz, in Gegenwart des Reichspräsidenten, des badischen Ministerpräsidenten, des badischen Staatspräsidenten, des Präsidenten des bayrischen Landtags und Vertretern zahlreicher Behörden und Organisationen wurde heute auf dem Ludwigshafener Friedhofe die Trauerfeier für die Opfer der Oppauer Katastrophe gehalten. Die französischen Militärbehörden waren durch General de Metz als Beauftragten der Interalliierten Rheinlandskommission und General Dangand als Beauftragten des Militärbefehlshabers Degoutte vertreten, welche beide in vor Beginn der eigentlichen Trauerfeier an den Reichspräsidenten und den bayrischen Ministerpräsidenten gerichteten Ansprachen in warmen Worten ihre Teilnahme zum Ausdruck brachten und Kränze niederlegten. Der Reichspräsident erwiderte ihnen mit Worten des Dankes. Es berühre wohltuend, daß am Grabe der Opfer dieser Katastrophe das menschliche Gefühl sich über die Landesgrenzen hinweggesetzt habe. In gleicher Weise dankte der bayerische Ministerpräsident. Bei der Trauerfeier hielten sodann Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes, der Arbeiterschaft, der Direktion des Werkes, der badische Staatspräsident, der Präsident des bayerischen Landtages, Regierungspräsident der Pfalz und der Oberbürgermeister von Mannheim Ansprachen. Die von Musik und Gesang eingeleitete und geschlossene Feier verlief würdig und eindrucksvoll.

Eine Ansprache des Reichspräsidenten Ebert.

WTB. **Mannheim,** 25. September. Bei der heutigen Beisetzung der Opfer der Katastrophe in Oppau hielt der Reichspräsident Ebert folgende Rede:

„Zu tiefster Erschütterung stehen wir heute am Ort der großen Katastrophe, die in den Morgenstunden des 21. September ganz Deutschland in Schrecken und Aufregung versetzt hat, eine Katastrophe, die die Geschichte der deutschen Industrie bisher noch nicht zu verzeichnen hatte. Mit schmerzbewegtem Herzen betrauern wir heute den Tod so vieler pflichttreuer Arbeiter, die dem furchtbaren Unglück zum Opfer gefallen sind, beklagen wir die bei dem Unglück verletzten Männer und Frauen, deren Qualen und Schmerzen wir mit empfinden. Gewaltig ist die Zahl der Toten und Verwundeten. Es ist mir ein dringendes Herzensbedürfnis gewesen, zur heutigen äußeren Feier teilnehmender Trauer hierher zu kommen und den Hinterbliebenen, den Verwundeten und Beschädigten auch von dieser Stelle aus nochmals die innigste Anteilnahme der Reichsregierung und, wie ich sagen darf, des gesamten deutschen Volkes an ihrem Unglück auszusprechen. Sie dürfen überzeugt sein, daß die weitesten Kreise Deutschlands mit den Hinterbliebenen der Toten und den zahlreichen Verletzten herzlichste Teilnahme empfinden. Auch weit über die Grenzen des Reiches hinaus hat das Unglück Widerhall und Teilnahme erweckt. Aus allen Teilen der Welt sind Beileidskundgebungen und Zeichen hilfsbereiten Beistandes eingelaufen, die uns wohltuend berührt haben und für die ich hier nochmals Gelegenheit nehme zu danken. Herzliches Mitgefühl beschränkt sich nicht auf Worte. Gleich nach dem Unglück hat sich überall menschenfreundliche und brüderliche Hilfe geregt. Reichs- und Staatsbehörden, Kommunalverwaltungen, Organisationen, industrielle und finanzielle Unternehmungen, wie die einzelnen Mitbürger in Stadt und Land haben bereits erhebliche Beträge zur Vermeidung der materiellen Not aufgebracht. Eine Hilfsaktion größten Umfanges hat begonnen und wir dürfen hoffen, daß es uns gelingen wird, den so schwer vom Unglück Betroffenen die Sorge um das tägliche Leben abzunehmen. Hochverehrte Damen und Herren, in den Stätten blühender Arbeit ist eine Musteranstalt deutschen Unternehmungsgeistes und deutschen Arbeitswillens vernichtet worden, alles zerstört, was Erfindungsgeist und Schaffenskraft in jahrelanger Arbeit erreicht haben. Hart ist das Geschick und doch wird es uns nicht lähmen in unserem Entschluß, das Zerstörte wieder aufzubauen. Wie wir hier, trotz des Waltens finsterer Mächte unerschüttert sofort wieder an das Werk gehen werden, was heute in Trümmern liegt, morgen wieder aufzubauen, so wollen wir auch im ganzen Volk und im ganzen deutschen Reich fortfahren, mit festem Willen und mit harter Arbeit aller produktiven Kräfte unser wirtschaftliches Leben wieder aufzubauen und trotz der harten Schicksalsschläge, die uns, wie kaum ein Volk in der Weltgeschichte, getroffen haben, schaffensfreudig uns eine bessere Zukunft zu erarbeiten."

Ansprache des Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld.

WTB. **Ludwigshafen,** 25. September. Im Ehrenfriedhof des Ludwigshafener Hauptfriedhofes sprach nach dem Reichspräsidenten Ministerpräsident Graf Lerchenfeld. Er sagte, Ehrfurcht und Schauer erfaßten die Menschen, wenn die Natur sich der Fesseln entledige und Menschenwerk zerstöre. So werde alles Irdische eine bedeutsame Mahnung an das Vergängliche. Er schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß das große Hilfswerk die Trauernden trösten, die Ueberlebenden schützen, die Wunden heilen und die Toten ehren möge. — Nach ihm sprach der Präsident des bayerischen Landtages. Staatspräsident Trunk drückte namens der Badischen Regierung seine Teilnahme aus. Schließlich sprachen der Regierungspräsident von Klingenberg und Oberbürgermeister Kutzer. Vor dem Reichspräsidenten führte Generaldirektor Bosch von der Badischen Anilin- und Sodafabrik aus, daß die Fabrik die getöteten Mitglieder nie vergessen werde. Neue geschaffene Aufgaben harrten der Fabrik. Sie müssen erfüllt werden. Neue Gewalten der Natur hätten das Unglück heraufbeschworen. Gerade der Stoff, der uns soviel Nutzen bringen sollte, hat sich als grimmiger Feind erwiesen. Ueber die Trümmer hinweg wird es unverbrüchen in strenger Pflichterfüllung an die harte Arbeit gehen, getragen von dem gegenseitigen Vertrauen aller Mitglieder der Fabrik.

Besuch der Unglücksstätte durch Staatsminister.

WTB. **München,** 25. September. Die Korrespondenz Hoffmann meldet aus Ludwigshafen amtlich: Sonntag nachmittag wurde in Begleitung des badischen und des württembergischen Ministerpräsidenten, des bayerischen Handelsministers Hamm und einer Anzahl Staatsvertreter unter Führung der Direktoren der badischen Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen die Unglücksstätte Oppau durch den Reichspräsidenten Ebert und den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Die beiden Herren empfingen im Werk eine Abordnung des Angestellten- und Arbeiterrats, der sie die weitgehende Hilfe von Reich und Staat und Gemeinden in Aussicht stellten. Durch die persönliche Besichtigung an Ort und Stelle fanden die Herren die bisherigen Schilderungen über den Umfang der Zerstörung und über die Not der Bevölkerung und der Arbeiterschaft der Werke mehr als bestätigt. Der Reichspräsident stattete den Verwundeten in den Ludwigshafener und Mannheimer Krankenhäusern einen Besuch ab. Der bayerische Ministerpräsident sowie der Regierungspräsident der Pfalz besuchten unter Führung des zweiten Bürgermeisters, des Polizeireferenten und des Chefs der Direktion das Ludwigshafener Krankenhaus und die zum Lazarett eingerichtete Goethe-Schule. Sie erkundigten sich im einzelnen nach dem Befinden und den persönlichen Verhältnissen der Verunglückten und sprachen ihnen Trost zu.

Hilfe für Oppau.

Berlin, 25. September. Das Central-Relief-Commitee in New-York hat dem deutschen Roten Kreuz für die Opfer der Oppauer Katastrophe 500 Kisten mit Milch und Lebensmitteln im Werte von 1 Million Mark, ferner 500000 Mark in bar für die Pflege der Verletzten und die Nothilfe durch Funkspruch überwiesen mit dem Auftrag, die Spende gemeinsam mit dem Bürgermeister von Ludwigshafen zu verteilen. Uebrigens hat das Deutsche Rote Kreuz bereits am Tage nach dem Unglück durch eine nach Oppau entsandte Vertretung seine Hilfe zur Verfügung gestellt, eine Anzahl Doeckersche Baracken für die Unterbringung von Obdachlosen abgesandt und die Lieferung von Kleidern, Wäsche und Schuhwerk angeboten.

WTB. **Berlin,** 26. September. Der Reichshilfsausschuß für Oppau macht darauf aufmerksam, daß sämtliche Liebesgaben für die Opfer des Oppauer Unglücks auf der Reichseisenbahn frachtfrei befördert werden. Es empfiehlt sich, die Sendungen im Frachtbrief als Liebesgabensendung für Oppau kenntlich zu machen. Die Sendungen sind zweckmäßig an den Stadtrat in Ludwigshafen zu richten.

WTB. **Berlin,** 26. September. Auf Veranlassung des deutschen Gesandten in Stockholm wird unter den Deutschen in Schweden eine umfangreiche Sammlung zugunsten des Reichshilfsausschusses für Oppau veranstaltet.

Die Ursache der Explosion.

Mannheim, 24. September. Nach einer Erklärung der Badischen Anilin- und Sodafabrik steht nunmehr fest, daß die Katastrophe auf die Explosion eines Lagers von etwa 450000 Tonnen Ammoniak-Sulfatsalpeter zurückzuführen ist. Es war bisher nicht bekannt und im höchsten Maße überraschend, daß diesem Produkt Explosionsfähigkeit innewohnt. Die Ursache der Explosion wird sich kaum sicher ermitteln lassen, weil sämtliche zur Zeit der Explosion in Bauten beschäftigt gewesenen Personen der Katastrophe zum Opfer gefallen sind. Die Nachricht, daß Oppau gänzlich zerstört sei, trifft nicht zu. Mit der Wiederaufnahme der Ammoniakherstellung kann in nicht allzu ferner Zeit gerechnet werden.

WTB. **Berlin,** 26. September. Der Reichsminister des Innern sandte unter Zustimmung der bayrischen Regierung den Direktor von der chemisch technischen Reichsanstalt, Oberregierungsrat Dr. Lentze, der ein hervorragender Fachmann in allen Explosionsfragen ist, nach Oppau, um an der Aufklärung der Gründe des Explosionsunglück mitzuwirken.

Berlin — München.

Die Verhandlungen zwischen Berlin und München.

Der bayrische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld stattete Sonnabend vormittag dem Reichspräsidenten und darauf dem Reichskanzler einen Besuch ab. Im Anschluß an die Besuche wurden die Verhandlungen über die zwischen dem Reich und Bayern schwebenden Fragen über den Ausnahmezustand und die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 beim Reichskanzler aufgenommen. Die Verhandlungen, an denen auch der Reichsminister des Innern und der bayrische Minister des Innern teilnahmen, wurden, wie offiziös mitgeteilt wird, im Geiste der Versöhnung und des Ausgleichs geführt. Die bayrische Delegation wird sich unverzüglich mit dem bayrischen Ministerrat und den zuständigen Stellen des bayrischen Landtages in Verbindung setzen, um sich über das Ergebnis der Verhandlungen endgültig zu verständigen. Der Reichskanzler wird am Mittwoch im Reichstag von dem Ergebnis der Verhandlungen Mitteilung machen.

Berlin, 25. September. Nach Informationen des „Lokal-Anz." ist der Geist der Versöhnung unbedingt von beiden Seiten bekundet worden. Zu einer völligen Versöhnung ist es aber noch nicht gekommen. Bayern will bezüglich der Verordnung vom 29. August sich möglichst große Freiheit sichern. Man wird aber hoffen können, daß die nächsten Tage endlich die erwünschte Einigung bringen werden. Die bayerische Delegation ist gestern abend abgereist, und wird unverzüglich dem Kabinettrat und dem Landtage in München Bericht erstatten. Die endgültige Antwort Münchens wird spätestens am Dienstag in Berlin erwartet. Das „Berliner Tageblatt" meldet, daß eine Einigung zwischen Bayern und dem Reiche erzielt sei auf folgender Grundlage: Der § 1 wird dahin geändert, daß es anstelle der Worte „zum Schutze der Vertreter der demokratischen republikanischen Staatsform" künftig heißt „zum Schutze der Vertreter des öffentlichen Lebens". In der Frage der Zeitungsverbote wird den Ländern eine weitere Polizeihoheit als bisher gelassen. Die Landesregierung kann sich, wenn sie über die Notwendigkeit des Verbotes anderer Ansicht als der Reichsminister ist, an ein Schiedsgericht wenden. Als solches Schiedsgericht ist der bisherige Ausschuß des Reichsrates für Zeitungsverbote vorgesehen. Nach längerer Beratung einigte man sich dahin, daß die Reichsregierung dem Grafen Lerchenfeld eine kurze Frist zur Konsolidierung der innerbayerischen Verhältnisse zugestand, nach deren Ablauf der Ausnahmezustand in Bayern von der bayrischen Regierung selbst beseitigt werden soll. Die bayerischen Vertreter ihrerseits erklärten, daß das Verbot der unabhängigen sozialistischen „Münchener Morgenpost" aufgehoben werden würde.

Die königstreuen Bayern.

Dem diesjährigen **Oktoberfest in München** hatte man mit Rücksicht auf die jüngsten politischen Ereignisse mit besonderer Spannung entgegengesehen. Ueber den Festsonntag wird aus München berichtet: Der Oktoberfestsonntag in München stand im Zeichen der militärischen **Gedenktage** des ersten schweren Reiterregiments Prinz Karl und des dritten Feldartillerie-Regiments Königin. Tausende alter Regimentskameraden waren in die ohnehin überfüllte Stadt gekommen. Beim Festzug waren **Prinz Konrad,** der zweite Sohn des Prinzen Leopold, **der Herzog von Braunschweig** und Prinz Franz, des Königs dritter Sohn, bei ihren alten Eskadronen eingetreten. Bei dem Festakt vor dem Armeemuseum hielten **Prinz Leopold,** der Chef beider Regimenter, und **General von Kannstein,** der letzte Friedenskommandeur der Regimenter, Ansprachen. **Kronprinz Rupprecht und Prinz Leopold** wurden mit wildbrechendem Jubel begrüßt. Der Zustrom des Landvolkes zum Oktoberfest war ungeheuer. Zum ersten Male zogen freudig begrüßt, berittene Oberländer Bauern prächtig geschmückt auf ihren Rossen am Vor- und Nachmittag im Festzug durch die verkehrsbewegte Stadt.

Der Versammlungsterror und seine Bekämpfung.

Berlin, 24. September. Gestern abend kam es in Mühlheim in einer Versammlung des Vereins für das Deutschtum im Ausland, in der Admiral Scherr über Marine und Auslandstum sprach, zu schweren kommunistischen Ausschreitungen. Als nach Beendigung des Vortrages noch ein anderer Redner sprechen wollte, stimmten die Kommunisten die Internationale an, während die Versammlungsbesucher das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" sangen. Beim Verlassen des Saales ereigneten sich wüste Zusammenstöße. Die Kommunisten, teils junge Burschen, stürmten mit etwa 30 Mann in den Saal und schlugen mit Latten und Stöcken auf Frauen und Männer ein. Es entstand eine ungeheure Panik.

Genau so drohten die Kommunisten der Gartenstadt Hellerau bei Dresden ihre Diktatur des Knüppels anzuwenden. Bei den Beispielshrgängen der Deutschen Bauernhochschule in Hellerau hatte auch Graf Reventlow einen öffentlichen Vortrag über die deutsche Weltpolitik übernommen. Die Arbeiterschaft Helleraus hatte daraufhin angedroht, die Vorträge mit Gewalt zu stören, wenn sie stattfinden sollten. Unter diesen Umständen sind die Vorträge abgesagt worden. Noch sonderbarer ist das Verhalten einer sozialistischen Zeitung in Cossebaude bei Dresden. Am Sonntag sollte eine Gedenkfeier für die Gefallenen des Weltkrieges gleichzeitig mit der Weihe eines Denksteines erfolgen. Die Sozialdemokratische Partei aber lehnte jede Beteiligung ab, wenn die bürgerlichen Vereine mit ihren Vereinsfahnen erscheinen. Sie erklärten die Vereinsfahnen als herausfordernd.

In der „Vossischen Zeitung" veröffentlicht heute früh der Ortsausschuß des oberschlesischen Hilfsverbandes für Bernau, dessen Veranstaltung am kommenden Sonntag ebenfalls von kommunistischen Prügelhorden bedroht wird, einen Hilferuf an die Oeffentlichkeit, der recht bezeichnend ist für die jetzigen Rechts- und Sicherheitszustände. Wenn die Regierung den Vorwurf nicht auf sich sitzen lassen wollte, die deutschen Staatsbürger in zwei Klassen eingeteilt zu haben, von denen die eine von ihrer uneingeschränkten Willkür Gebrauch machen kann, während die andere schutz- und rechtlos dieser Willkür preisgegeben ist, müßte sie Schritte gegen diesen überhandnehmenden Versammlungsterror der Linksradikalen unternehmen. Der preußische Minister des Innern, Herr Dominicus, hat nunmehr die notwendige Pflicht erkannt und eine wirksame Bekämpfung dieses Terrors gefordert. Wegen der Landfriedensbrüche in der Umgebung von Berlin hat er einen Erlaß an den Polizeipräsidenten von Berlin gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß es in letzter Zeit wiederholt zur Verhinderung oder gewaltsamen Sprengung von Veranstaltungen verschiedener Organisationen gekommen ist, unter dem Vorwande, daß es sich um reaktionäre Machenschaften handle. Die dabei zum Ausdruck gekommenen Gewalttätigkeiten hätten sich zum Teil als Landfriedensbruch im Sinne des § 125 des Reichsstrafgesetzbuches, zum Teil auch als Verstoß gegen die Bestimmungen über Schutz des Eigentums und der Person, der öffentlichen Sicherheit usw. dargestellt. Der auf Grund der Verordnung vom 29. August d. J. eingesetzte Reichsratsausschuß sowie der Reichsminister des Innern haben verfügt, daß ein Verbot von Versammlungen nicht davon abhängig gemacht werden kann, daß gewisse Bevölkerungskreise derartige Veranstaltungen zu stören beabsichtigen. Der Polizeipräsident wird daher ersucht, alle gesetzmäßigen Mittel anzuwenden, um alle Wiederholungen von Ausschreitungen im Keime zu ersticken.

Die Hetze gegen schwarz-weiß-rot.

Die Hetze gegen die schwarz-weiß-roten Farben veranlaßte den Abgeordneten Hergt und die deutschnationale Fraktion im Reichstag zu folgender parlamentarischer Anfrage an die Reichsregierung:

„Am 3. September ging dem Festausschuß des Landbundtages 1921 in Schwiebus eine Verfügung des Reichsministers des Innern zu, durch welche der seit Wochen vorbereitete und für den 4. Septbr. angekündigte Landbundtag mit seinen gesamten Veranstaltungen verboten wurde. In der Begründung hieß es: „Für das dabei geplante Rennen ist ausdrücklich vorgeschrieben, daß alle Teilnehmer schwarz-weiß-rote Farben tragen müssen. Die gesamte Art der Veranstaltung wird bei der Arbeiterschaft in Schwiebus als eine Herausforderung gegen die jetzige Staatsverfassung aufgefaßt und es sollen Gegenkundgebungen stattfinden". Auf Antrag des Landrats hob am 3. September abends der Reichsminister des Innern das Verbot unter der Bedingung auf, daß die schwarz-weiß-roten durch weiße Schleifen ersetzt würden.

Gewalttätigkeiten gegen die schwarz-weiß-roten Farben haben wir schon in unserer Anfrage vom 10. September (Schholen bei Weißenfels, Berlin, Magdeburg, Neuhaldensleben, Lübeck, Cuxhaven) zur Sprache gebracht. — Am 31. August haben in Osnabrück Demonstranten einen ehemaligen Offizier niedergeschlagen und am Abend

aus einem Saal, in dem Korvettenkapitän von Mücke einen Lichtbildervortrag halten sollte, schwarz-weiß-rote Fahnen von den Wänden gerissen und auf der Straße verbrannt.

Was ist geschehen, um die in den vorgenannten Fällen begangenen strafbaren Handlungen zur strafrechtlichen Verfolgung zu bringen? Womit begründet der Herr Reichsminister des Innern das Verbot der schwarz-weiß-roten Schleifen in Schwiebus? War dafür nur die Befürchtung von Gegendemonstrationen maßgebend oder bestanden andere Gründe und welche tatsächlichen Unterlagen hatten diese? Beabsichtigt die Reichsregierung schwarz-weiß-rote Fahnen und Abzeichen allgemein zu verbieten, oder wie in Schwiebus zu verhindern? Und auf Grund welcher gesetzlichen Vorschriften glaubt sie hierzu in der Lage zu sein? Oder erkennt die Regierung die Pflicht an, die gesetzliche Ausübung des Rechtes zur Verwendung schwarz-weiß-roter Farben gegen Gewalttaten zu schützen?"

Die verschleppte Entscheidung über Oberschlesien.

Berlin, 24. September. Obwohl das oberschlesische Volk in seiner Abstimmung klar und deutlich seine Wünsche zu erkennen gegeben hatte, ist heute noch sein Schicksal unbestimmt. Unendliche Beratungen, dickleibige Begutachtungen, ausgedehnte Informationsreisen durch die umstrittene Provinz haben das Problem seiner Lösung, die unter dem Gesichtspunkte, daß das im Friedensvertrag von Versailles so hochtrabend versprochene und verbürgte Selbstbestimmungsrecht kinderleicht wäre, keinen Schritt näher gebracht. Die deutsche Provinz Oberschlesien muß am eigenen Leibe durch einen latenten Zustand der Unklarheit und der Bedrohung den Gegensatz der wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und Englands ausbaden. Auch die zum „Studium der oberschlesischen Frage und zur Vorbereitung der Entscheidung eingesetzte Kommission" des Völkerbundes hat wieder kapituliert. Der Genfer Korrespondent der „Information" meldet seinem Blatte: Bis heute herrschte hinsichtlich der Arbeiten der Kommission über Oberschlesien ein gewisser Optimismus. Die Lösung des Problems schien nahe bevorzustehen. Inzwischen habe jedoch ein neues unerwartetes Ereignis alle Pläne, die bereits zu einer Verständigung zu führen schienen, über den Haufen geworfen. Man fragt sich, ob diese neue Einwirkung auf einen Bericht der Sachverständigen zurückzuführen sei, oder etwa, wie man verfischert, es sich um eine Note der englischen Regierung handelt, die alle bisherigen Kombinationen über den Haufen warf. Jedenfalls scheine festzustehen, daß das Problem sich wieder weiter von seiner Lösung entfernt hat.

Ueber dieses so tief eingreifende unerwartete Ereignis kann man sich verschiedenen Mutmaßungen hingeben, aber eines steht unerschütterlich fest: Wird nicht bald das entscheidende Wort über Oberschlesien gesprochen, und zwar nach Recht und Billigkeit im deutschen Sinne, so wird in absehbarer Zeit wieder die polnische Regierung durch ihre Helfershelfer und Agenten in Oberschlesien durch einen Gewaltakt versuchen, jeder schiedsrichterlichen Entscheidung vorzugreifen. Damit wird das Wirtschaftsleben der Provinz wieder unvermutet geschädigt und das Volksleben wird tiefer in jene unheilvolle Atmosphäre des Hasses und des gegenseitigen Mißtrauens gehetzt werden, die den endgültigen Verfall vorbereiten. Schon heute wieder kommen die ungeheuerlichsten Meldungen über neue polnische Rüstungen und Putschabsichten aus Oberschlesien. Hier droht höchste Gefahr beim geringsten Verzuge.

Nachrichten vom Wolffbüro.

Der Reichskanzler über die politische Lage.

WTB. **Paris**, 24. September. Der Reichskanzler Dr. Wirth gewährte dem Sonderberichterstatter des „Petit Parisien", Philippe Millet, eine Unterredung, in der er u. a. sagte, man müsse in Frankreich die Anstrengungen in Betracht ziehen, die die deutsche Regierung gemacht habe, und die Schwierigkeiten, denen sie begegne. Das Programm seiner Regierung liebe, was es vor drei Monaten gewesen sei, als er die Regierung übernommen habe. Die Regierung wolle die Verpflichtungen Deutschlands, namentlich was die Reparationen betreffe, bis zur Grenze seiner Kräfte ausführen. In drei Monaten sei es gezwungen, die vollkommene Entwaffnung durchzuführen, was in gewissen Teilen des Reiches nicht so leicht gewesen sei, wie man denke. Wir haben, fuhr der Reichskanzler fort, eine Milliarde Goldmark bezahlt und haben außerdem bedeutende Summen für Restitutionen oder verschiedene Liquidationen verausgabt. Das sei das wesentliche für die Vergangenheit. Was die Zukunft anbetreffe, werde der Reichstag sich Steuergesetzen gegenüber befinden, die schwere Lasten für den Besitz bedeuten. Es sei ein Irrtum, zu glauben, daß die besitzenden Klassen geschont werden, jedoch sei man auch genötigt, die indirekten Steuern zu erhöhen, damit Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen könne. Der Reichskanzler sprach noch von den außerordentlichen Abgaben vom Vermögen: das alles, um das nötige Geld für die Wiederherstellung zu beschaffen. Er erwähnte die Verhandlungen mit den Vertretern der Bank- und Industriewelt, die er führe, und sagte schließlich, diese Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen, da die Meinungen über die Mittel, die man anwenden wolle, auseinander gingen. Sowohl die Industriellen wie die Bankiers hätten sich bereit erklärt, die ins Auge gefaßten Ausgaben unverzüglich zu leisten. — Man sagte, daß man die Regierung an die Deutsche Volkspartei abtreten wolle. Das sei eine falsche Auslegung der wahren Absichten. Eine Beteiligung der Volkspartei an der Regierung sei aber wahrscheinlich und wünschenswert. Man wolle einfach die Koalition, die die Regierung augenblicklich stütze, erweitern und dieser Regierung eine solidere und breitere Basis geben. Aber es handele sich nicht um ein Manöver gegen die Republik, im Gegenteil. Das Ziel der Regierung sei, die demokratischen Einrichtungen in Deutschland festen Fuß fassen zu lassen. Zu diesem Zweck brauche man eine festere Regierung, die hinter sich die Kräfte der Arbeiter ebensowohl habe, wie die der besitzenden Klasse, die die Deutsche Volkspartei repräsentiere.

Einzige Möglichkeit zur Vermeidung einer Weltkatastrophe.

WTB. **Wien**, 25. September. Der englische Publizist Dillon äußerte sich im Neuen Wiener Tageblatt über die bisherigen Folgen des Krieges, die wirtschaftlich zu einer Weltkatastrophe führen würden. Einer der Hauptfaktoren, durch welche einer Weltkatastrophe vorgebeugt werden könnte, sei der, daß Amerika sein überflüssiges in den Tresors liegendes Gold herausgeben und in den Dienst der Weltwirtschaft stellen müßte. Ein weiterer, wohl ebenso wichtiger Faktor sei der einer Revision der wirtschaftlichen Bedingungen der Friedensverträge, namentlich des Versailler Vertrages.

Fehlgeschlagenes Attentat auf Pilsudski in Lemberg.

WTB. **Paris**, 26. September. Havas meldet aus Lemberg: Auf Marschall Pilsudski ist ein Revolveranschlag verübt worden, als er sich von einem Festessen der Gemeindebehörden nach dem Theater begeben wollte. Nur sein Begleiter Graf Grabowski wurde verletzt. Pilsudski selbst begab sich nach dem Theater, wo er lebhaft begrüßt wurde. Der Urheber des Anschlages versuchte, Selbstmord zu begehen, wurde jedoch daran verhindert.

Großer Lügenanschlag der „Times" gegen Deutschland.

WTB. **Berlin**, 26. September. Der von einer Berliner Mittagszeitung gebrachte Auszug aus einem Artikel der „Times": „Das unsichtbare Heer" bringt eine phantastische, gänzlich unzutreffende Darstellung über angeblich in Deutschland vorhandene ungeheuere militärische Rüstungen. Der genaue Wortlaut muß abgewartet werden, es kann aber schon jetzt gesagt werden, daß die sämtlichen wiedergegebenen Behauptungen frei erfunden sind und im krassesten Widerspruch zu den tatsächlichen Verhältnissen stehen.

Fortgesetzte Hetze gegen Deutschland.

WTB. **Paris**, 26. September. Heute haben 26 Generalräte ihre Herbsttagung begonnen. Im Generalrat der Somme erklärte der ehemalige Finanzminister Klotz, gegenüber einem Frankreich, das das gemeinsame Heil der Völker habe retten wollen, erhebe sich ein intaktes Deutschland, das, um sich die Sympathien der Alliierten Frankreichs zu sichern, demokratische Allüren annehme und den Ruin vorschütze, während seine ganze Tradition sich auf eine militärische Revanche richte, seine Mitbürger sich bereichern, ihre Kapitalien fortschaffen und außerhalb Güter und ungeheuren Einfluß erwürben. Dabei vergessen sie, daß der Friedensvertrag von Versailles Frankreich eine Priorität ersten Ranges auf die deutschen Werte gewährt, die bis jetzt unausgeführt geblieben seien. Deutschland wage augenblicklich den Wunsch nach einer Revision des Friedensvertrages auszusprechen. Wenn man in Frankreich nur ein Viertel von dem Eifer, mit dem man den Friedensvertrag kritisiert hätte, darauf verwandt hätte, der Friedensvertrag ausführen zu lassen, dann würde Frankreich die Wohltat des siegreichen Friedens verspüren. — Im Departement Pas de Calais sprach Senator Jonnart, der französische Botschafter beim Vatikan, der wiederum zum Vorsitzenden gewählt wurde. Er sagte u. a.: Man hätte erwarten dürfen, daß die fortbestehende Einigkeit der Alliierten Deutschland die strikte Ausführung seiner Verpflichtungen aufzwingen würde. Was zeige sich aber? Die Mission Frankreichs sei nicht nach Wunsch von seinen Alliierten anerkannt und das sei von den Deutschen als Schwäche ausgebeutet worden. Die militärische Entwaffnung Deutschlands, die seit vielen Monaten hätte vollendet sein sollen, sei es nicht. Die Aburteilung der Kriegsschuldigten habe Veranlassung zu einer Justizparodie gegeben. Senator Jonnart sprach auch vom Bankerott des Obersten Rates im Hinblick auf Oberschlesien. Er beklagte, daß Frankreich von der deutschen Reparationszahlung noch keinen Nutzen gezogen habe, und betonte, daß der Friedensvertrag von Versailles Frankreich über alle Vermögensstücke und Einnahmequellen des Deutschen Reiches zur Regelung der Reparationspflichten eine Priorität ersten Ranges zugestanden habe. Werde auch diese zu Gunsten der Geschädigten bestehende Garantie aufgegeben werden?

Neue Abstimmung in Oberschlesien?

Mtb. **London**, 24. September. „Evening Standard" berichtet, der Beschluß der Vertreter Italiens, Belgiens, Brasiliens und Chinas im Völkerbundsrat, denen die Behandlung der oberschlesischen Frage übergeben wurde, werde nicht vor dem nächsten Monat erwartet. Der Vorschlag ziele dahin, daß eine neue Abstimmung in Oberschlesien stattfinden soll, da es heißt, daß die Stimmung unter der oberschlesischen Bevölkerung gegen die Teilung Oberschlesiens immer stärker wird.

Hochverratsprozeß vor dem Reichsgericht.

Mtb. **Leipzig**, 23. September. Vor dem Reichsgericht begann heute der Hochverratsprozeß gegen 22 Angeklagte aus Köthen und Umgebung, die angeklagt sind, in der zweiten Hälfte des August 1920 auf die von der kommunistischen Zentralleitung in Berlin ergangene Anstiftung hin in Köthen eine rote Armee gebildet zu haben, zu dem Zwecke, die Reichsverfassung gewaltsam zu ändern und die sogenannte Räterepublik einzurichten. Ein Angeklagter ist Privatlehrer, die meisten anderen Arbeiter oder Handwerker. Die Verhandlung wird voraussichtlich 6—7 Tage in Anspruch nehmen und wird vom Senatspräsidenten von Palargue geleitet.

Fliegerabsturz.

Mtb. **Kopenhagen**, 23. September. Auf dem Flugplatz in Malmö explodierte der Motor eines Flugzeuges, in dem sich zwei Fliegeroffiziere befanden. Das Flugzeug stürzte, in Flammen gehüllt, ab. Beide Offiziere wurden auf der Stelle getötet.

Aussichten der diesjährigen Kartoffelernte.

WTB. **Berlin**, 23. September. In der im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Hoffmann abgehaltenen Besprechung erstatteten Sachverständige aus landwirtschaftlichen und Handelskreisen eingehend Bericht über die Aussichten der diesjährigen Kartoffelernte in den einzelnen Reichsteilen. Aus diesen Berichten, die im wesentlichen mit den Feststellungen der Kartoffelbaugesellschaft übereinstimmten, hat sich ergeben, daß, verglichen mit den letzten drei Jahren, die diesjährige Ernte etwa 80 v. H. des Durchschnitts dieser Jahre beträgt. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß, da die Ernte noch nicht abgeschlossen ist, sondern erst begonnen hat, diese Schätzung eher zu niedrig sein dürfte und das Endergebnis sich voraussichtlich noch günstiger gestalten wird. Die Ernte gibt daher zu Besorgnissen keine Veranlassung, zumal auch zu berücksichtigen ist, daß nach Oeffnung der Grenzen die Kartoffel im Leben der Bevölkerung nicht die gleiche Rolle spielt, wie während der Kriegszeit, und der Bedarf, wie die Erfahrungen des Vorjahres gezeigt haben, bereits erheblich zurückgegangen ist.

Hinsichtlich der Preise wurde betont, daß die öffentlichen Notierungen, die zurzeit zwischen 45—50 Mark schwanken, der Marktlage entsprechend sind, und daß zu diesen Preisen tatsächlich die großen Mengen, welche der Großhandel umsetzt, gekauft werden. Nach den bisherigen Erfahrungen kann nur dringend davor gewarnt werden, daß seitens der Großverbraucher, insbesondere der industriellen Werke, Kartoffeln angekauft und hierdurch die Preise in die Höhe getrieben werden. Eine Gesundung kann nur dann eintreten, wenn man allgemein zu den Friedensgewohnheiten zurückkehrt und dem sachverständigen Handel das Einkaufen der Kartoffeln überläßt. Auch in diesem keineswegs leichten Geschäft können ungeschickte Hände mehr verderben, als nützen.

Gespräche mit dem Reichskanzler.-

Berlin, 24. September. Heute liegen zwei Unterredungen vor, die der Reichskanzler mit dem Vertreter des „Petit Parisien" und dem Vertreter des „Corriere d'Italia" gehabt hat. Während die eine den Satz enthält, daß der Verband klug daran tue, dem Kabinett Wirth Beweise seines Vertrauens zu geben, weil sonst die Monarchie in Deutschland vielleicht wieder kommen könne (!), beschäftigt sich das andere auch mit unserem finanziellen Stande. Angeblich soll der deutsche Reichskanzler gesagt haben, es werde möglich sein, die nächste Zahlung mit „derselben Leichtigkeit" vorzunehmen, wie dies bei der ersten Milliarde der Fall war. Immerhin hat der Kanzler zweifellos Recht mit seiner Schlußbehauptung, daß Deutschlands Bankrott unvermeidlich ist, wenn wir weiter in Gold zahlen müssen.

Das Oppauer Unglück als Anlaß zur Hetze gegen Deutschland.

London, 24. September. Der „Daily Telegraph" drahtet zu dem Unglück in Oppau, Deutschland habe in Oppau ein neues Gas mit furchtbarer Explosionskraft hergestellt. In ähnlicher Weise suchen auch die „Times" die Katastrophe zu benutzen, um neuen Argwohn gegen Deutschland zu erzeugen. Während die „Morningpost" die militärische Schwächung begrüßt, die das Unglück für Deutschland bedeutet, fordert die „Daily News" die Washingtoner Konferenz auf, an Oppau zu denken.

Einführung des italienischen Militärdienstes in Deutsch-Südtirol.

Ein Erlaß der italienischen Regierung ordnet für die neuen Provinzen Italiens die Rekrutenaushebung an, bringt also den Militärdienst allen wehrpflichtigen Untertanen jener Gebiete, die Italien als Anteil bei der Zerstückelung des alten Oesterreichs zugesprochen worden sind, ohne Rücksicht auf Nation und auf Ueberlieferungen dieser Völkergruppen. Die Vertreter des Deutschen Verbandes und die gewählten Abgeordneten Südtirols haben nichts unterlassen, um zu vermeiden, daß die Militärpflicht für die Deutschsüdtiroler zum Gesetz werde, ihre Vorstellungen in Rom sind aber ohne Erfolg geblieben. Der „Köln. Ztg." wird darüber aus Bozen geschrieben:

Die Regierung Nitti war nahe daran, für Südtirol eine Autonomie zu gewähren, mit der sich auch die Militärfrage geregelt hätte; nach Nitti kam aber Giolitti, der die Vertreter des Deutschen Verbandes ans Parlament verwies. Als das Kabinett Bonomi kam, wurde auch dieser Minister interpelliert und auf die Folgen aufmerksam gemacht, als er die Gesetzwerdung in Aussicht stellte; auch beim Kriegsminister fanden Konferenzen der Abgeordneten statt, ob Egeling Salata, der Chef für die neuen Provinzen, erging sich in Ausreden aller Art, er vermied es in der allerletzten Zeit sogar, die Abgeordneten anzuhören. Der Kriegsminister gab bekannt, die deutschen Rekruten würden in eigene Formationen zusammengefaßt und in die größeren Städte Italiens gegeben, „um ihnen die Schönheiten Italiens zugänglich zu machen"; dann hieß es, die Musterungen fänden im Frühjahr und die Einberufungen im Herbst statt, nun aber ergibt sich aus den Bestimmungen gerade das Gegenteil dieser Terminfestsetzungen. Die italienische Regierung hat unter dem Einfluß der Trientiner Militärschwärmer anders entschieden, die Fesseln der Deutschen werden verschärft, und die Entnationalisierung in Deutschtirol nimmt durch die neuen Militärverordnungen systematisch ihren Fortgang.

Wie uns aus Rom, 21. September, gemeldet wird, ist nach neueren Erklärungen des italienischen Kriegsministers jeder Gedanke an die Befreiung der Deutschtiroler vom Militärdienst hinfällig. Es werden ihnen keinerlei Milderungen eingeräumt, doch genießen die Einberufenen auch alle Rechte der Reichsitaliener, darunter dasjenige auf Beschränkung der Dienstzeit auf drei Monate für alle, die einen Bruder im Kriege verloren haben.

Polnische Manöver.

Aus dem Kreise Pleß wird sich in den nächsten Tagen vermutlich eine Flut der beliebten polnischen Resolutionen nach Genf ergießen. Diese Resolutionen sind bestellte und sehr gut vorbereitete Arbeiten. Die Polen hatten für den 19. September die Gemeindevorstände und Gemeindevertreter des Kreises nach Pleß eingeladen; die Sitzung war sehr schwach besucht. Es wurde deshalb eine neue Versammlung auf den 20. September einberufen, zu der etwa 80 Personen erschienen waren und die von dem Vertreter des polnischen Kreisbeirates, dem polnischen Rechtsanwalt Lerch, geleitet wurde. Zweck der Versammlung war die Besprechung des Umschwunges der Gesinnung der Bevölkerung des Kreises Pleß. Es wurde behauptet, daß die Nachrichten über den Umschwung unzutreffend und daß die Polen in ihrer Gesinnung festgeblieben seien. Dieser Gedanke soll in den erwähnten Resolutionen zum Ausdruck kommen. Die Gemeindevertreter sollen den Wortlaut der Resolution bei Rechtsanwalt Lerch abholen. Wenn also in den nächsten Tagen die polnische Presse überlaufen wird von Meldungen über die Resolutionen und die darin zum Ausdruck kommende unveränderte polnische Gesinnung, so weiß man, daß es sich um Fabrikarbeit handelt und wie sie zu bewerten ist.

Aufstachelung Frankreichs durch die polnische Presse.

Auch die Presse Polens beschäftigt sich, wie nicht anders zu erwarten war, mit den Vorgängen, die sich in den letzten Wochen bei uns abspielten, spricht u. a. von einem Erwachen des Revanchegedankens und macht Andeutungen von einem Zusammenspiel zwischen England und Deutschland, das sich gegen Rußland richten soll. Deutschland hoffe dabei auf eine Rückeroberung der polnischen Länder. Zwei Staaten auf dem Kontingent aber hätten ein Interesse daran, dieses Zusammenspiel zwischen Deutschland und England zu stören, nämlich Frankreich und Polen. Der Posener „Djinnek Woznawski" (Nr. 190 vom 14. September) leitet sich sogar folgende Mahnung an die Presse Frankreichs:

„Die französische Politik muß sich in zwei Richtungen bewegen: Zur Erlangung von Entschädigungen von Deutschland und zu dessen weiterer Schwächung, da der Versailer Vertrag dies nicht genügend sichergestellt hat. Ueber Deutschlands Entwaffnung wachend, muß Frankreich alle Zentrifugalkräfte unterstützen, die am Rhein oder in Bayern in Erscheinung treten und einer weiteren Verkoppelung des deutschen Elements in Mitteleuropa entgegenwirken . . . . . Eine Spaltung des Reiches durch den Austritt Bayerns wäre ein wichtiger Schritt nach vorwärts sein. Frankreich unterstützt den bayerischen Separatismus, trotzdem dieser einen ausschließlich monarchistischen Charakter hat und die Wiederkehr der Wittelsbacher anstrebt. Die günstigste Lage für Frankreich würde dann eintreten, wenn die Wittelsbacher zurückkehren und sich vom republikanischen Rest Deutschlands, besonders von Preußen, lostrennen würden. Die Rückkehr einer Dynastie, die ein Schlag für Frankreich wäre, wenn sie in Berlin erfolgen würde, kann zu einem Vorteil werden, wenn sie in München erfolgen würde. Gleichzeitig unterstützt man den Separatismus am Rhein, der in letzter Zeit allerdings schwächer wird, hauptsächlich unter der Wirkung der Besatzung, deren Einfluß nachteilig sein muß, obgleich sie zivilisiert ist und sich bemüht, anziehend zu wirken."

Natürlich fehlt auch bei dieser Gelegenheit nicht der seit Monaten in der polnischen Presse übliche Hinweis auf Oberschlesien als die Kriegsschmiede Deutschlands.

Lokales.

Vom 1. Oktober ab

Trennung des Namslauer Kreisblattes vom Namslauer Stadtblatt.

Vom 1. Oktober mit Nr. 78 ab erscheint das Namslauer Kreisblatt als **besondere Ausgabe jeden Dienstag und Freitag,**

das Namslauer Stadtblatt wie bisher **jeden Mittwoch und Sonnabend.**

Inserate für diese Ausgaben sind stets einen Tag vorher aufzugeben.

Nr. 78 des Namslauer Kreisblattes wird somit der nächsten Sonnabend-Ausgabe nicht mehr beiliegen und Dienstag, d. 4. d. M., als alleiniges Blatt ausgegeben werden.

Die Expedition des Namslauer Stadt- und Kreisblattes.
O. Opitz.

?? **Namslau**, 27. September. **(Riesengebirgsvereins-Tagung.)** Die Hauptvorstände des Deutschen Riesengebirgsvereins hielten zu Hirschberg eine Sitzung ab, in der auch die Hauptvorstände des Isergebirges zugegen waren. Aus dem erstatteten Tätigkeitsberichte ging hervor, daß es bisher noch nicht möglich war, sämtliche Wege im Hochgebirge wieder wie in Friedenszeiten herzustellen. Aus finanziellen Gründen mußten im Wegebau Einschränkungen eintreten, es wurde aber der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Gastwirte und alle am Fremdenverkehr interessierten Geschäftsleute Zuschüsse zu den Wegebaukosten leisten werden, damit alle erforderlichen Ausbesserungen ausgeführt werden können. Neue Wege können vorläufig nicht geschaffen werden. Die Bestimmungen über die Paßkontrolle bestehen noch wie in der Kriegszeit, wenn sie auch nicht mehr so scharf gehandhabt werden. Die Verhandlungen der deutschen Regierung mit der Tschechoslowakei über eine Milderung sind bisher ergebnislos verlaufen, aber noch nicht endgültig abgeschlossen. Die Errichtung eines Zentralverkehrsbüros in Hirschberg soll in Kürze erfolgen. Seine Tätigkeit wird sich nicht auf das Riesengebirge beschränken, sondern auch auf das Isergebirge, das Boberkatzbachgebirge und die benachbarten Kreise, sowie auf die böhmische Gebirgsseite sich ausdehnen. Die Gründung wird als eine gemeinnützige G. m. b. H. erfolgen, zu der die Gebirgsvereine, die Gemeinden und alle Verkehrsinteressenten beitreten sollen. Ferner wurden als Aufgaben dieses Büros bezeichnet: eine Regelung der Wohnungspreise in den Sommerfrischen, die Tarifsetzung mit den Droschkenkutschern, die Versorgung des Gepäcks aus den von der Eisenbahn entfernt liegenden Ortschaften, die Herausgabe künstlerischer Ansichtskarten u. a. — Die Schüler-, Jungmädchen- und Jugendherbergen waren in diesem Jahre außerordentlich stark besucht. Notwendig ist die Errichtung einer Jugendherberge auf dem Kamm des Hochgebirges. — Am Schluß der Verhandlungen wurde wieder vor dem Besuch der tschechischen Bauden gewarnt. — Die nächste Tagung wird auf dem Jeschken in Reichenberg stattfinden. — Da in unserer Stadt schon lange eine Ortsgruppe des Riesengebirgsvereins besteht, so dürften vorstehende Mitteilungen, die wir in der Schlesischen Volkszeitung fanden, für die Mitglieder der hiesigen Ortsgruppe von Interesse sein.

= **(Erhöhung der Personenfahrpreise.)** Wie in der Sonnabendnummer des „Stadtblattes" berichtet wurde, erfolgt am 1. November

Beilage zu Nr. 77 des „Namslauer Stadtblattes“.

Namslau, Mittwoch, den 28. September 1921.

Elektro-Motore
„Siemens“ usw.
kaufen Sie am vorteilhaftesten
zu **konkurrenzlosen Preisen** bei
Gebr. Müller, elektr. Installations-Büro,
Namslau, Schützenstr. 9, Tel. Nr. 314.

Wir garantieren Ihnen schriftlich für die von uns gelief. Motoren 1½ Jahr u. übernehmen für diese Zeit die Wartung der Maschinen.

Eigene Reparatur-Werkstatt und Ankerwickelei am Orte.

Für Flechten-Kranke!
Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich unter Garantie mit meinem vielbewährten **Flechtenheil** in 8—14 Tagen. Zahlreiche Dankschreiben. Eine Flasche genügt. Preis 25 Mark.
F. Müller, Heilkundiger, **Bremen**
Große Krummenstr. 23. Sprechstunden: 9—10 u. 3—4 Uhr.

Deutscher Schäferhund,
schwarz u. grau, auf den Namen „Greif“ hörend, am **Sonnabend Nachmittag**
abhanden gekommen.
Vor Ankauf wird gewarnt. Wiederbringer erhält hohe Belohnung.
Gustav Sasse, Ring, Tel. 213

Warnung!
Die Gerüchte, welche über mich im Umlauf sind, erkläre ich für **unwahr** und warne jeden Verleumder vor Weiterverbreitung, da sonst mein Vater jeden einzelnen gerichtlich belangen wird.
Gertrud Schwarz,
Modistin.

Seifenfabrik
bietet
glänzende Existenz
durch den Vertrieb ihrer **Spezial-Schmierseifen und Seifenpulver-Erzeugnisse.**
Gut eingef. solv. Vertreter erh. Kommissionslager.
Chem. Fabrik L. Arndt, Breslau 2, Hubenstr. 24.

Karl May Romane,
spannende Reiseschilderungen, empfiehlt
Buchhandlung O. Opitz.

Spielkarten
empfiehlt **O. Opitz.**

Einige Tausend Ctr.
Pa. Speise-Kartoffeln
sofort **zu kaufen gesucht.**
Eduard Fiolka,
Beuthen O.-S.
Tel. 1911.

Schul-Atlas
(Lange-Dierke)
zu haben in
O. Opitz Buchhandlung.

Verkaufe
2 junge, hirschrote
Teckelrüden,
echt, ff. Exemplare.
Deus, Lankau.

10 Wochen alte Hunde
(Dobermann — Schäferhund — Kreuzung), von wachsamer Hündin abstammend, hat abzugeben
Bohla, Parkstr. 3.

Eilt! Große **Geld** Lotterie Eilt!
zur Wiederherstellung des Münsters in Ueberlingen
Ziehung: 6.—8. Oktober 1921.
12376 Gewinne bar ohne Abzug.
Mark 300 000.—
1 **Hauptgewinn M. 75 000**
1 „ „ **40 000**
1 „ „ **25 000**
1 „ „ **10 000**
usw.
Lose in jeder Zahl versendet z. Preise von **M. 3.60** Porto und Liste **M. 1.50** extra
Reinh. A. Höhn,
Hamburg, Kantstr. 34.
Eilt! Eilt!

Die Verleumdungen meiner früheren Dienstmagd **Marta Schwuntek** sind unwahr und ich werde gegen Weiterverbreitungen gerichtlich vorgehen.
Robert Brix.

Jed. Posten Mohn
kauft und zahlt die höchsten Preise. **Max Frey,**
Bäckermeister.

Stenographiehefte
(System Stolze-Schrey)
zu haben
Buchhandlung O. Opitz.

Schwarzes Tuchkostüm,
gut erhalten, billig zu verkaufen.
M. Boja, Ring 22.

Sardellen
(feinste Brabanter)
empfiehlt **Fritz Melzer.**

Gut. schw. Paletot
für stärkere Herren, wenig getragen, billig zu verkaufen. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Unzerbrechliche
Schiefer-Tafeln
mit u. ohne polierten Rahmen empfiehlt
O. Opitz, Buchhandlung.

Empfehle
mein reichhaltiges Lager in Geschäftsbüchern,
u. a.: Hauptbücher, Conto-Corrents, Kassabücher, Tagebücher, Lohnbücher, Kopierbücher u. Strazzen pp.
Journale aller Art und Spezialbücher
werden auf Wunsch hergestellt.
Oskar Opitz, Buch- u. Papierhandlung.

Wir suchen
eine Bedienung
zum Aufräumen unserer Geschäftsräume.
Vereinsbank Namslau e. G. m. b. H.
(früher Vorschuß-Verein.)

Verheirat. Ackerkutscher,
tüchtig und mit allen landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut, gegen Lohn und Deputat ab 1. Januar auf ein Bauerngut **gesucht.** Desgleichen **2 ordentliche Mägde.** Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Suche u. empfehle: Vögte, Schmiede, Stellmacher, Ackerkutscher, Lohngärtner u. Mägde, Köchinnen, Stuben- u. Küchenmädchen. **Thom. Stannek,** gewerbsm. Stellenv. Namslau.

Ein Knabe, welcher Lust hat, das **Fleischer-Handwerk** zu erlernen, kann bald in die Lehre treten bei
Otto Liebschwager,
Klosterstr. 24.

Arbeitsames Mädchen
für die Küche bei hohem Lohn gesucht.
Frau Fleischermeister
Berta Reichert, Ring.

1 Laden-Lehrmädchen
gesucht.
Ad. Toebe.

— **Kriegsgefangene.** Die „Schlesische Tagespost“ veröffentlichte eine Notiz, nach der noch 1300 Deutsche als Kriegsgefangene in Algier zurückbehalten werden. Nach Anfrage eines Lesers, ob diese Meldung wirklich noch den Tatsachen entspreche, erhielt dieser folgende Nachricht: „Auf Ihre Anfrage teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß die Meldung, wonach noch 1300 Deutsche in Algier zurückgehalten werden, auf eine erfundene Darstellung des früheren Artillerieverwachtmeisters Kuhn zurückzuführen ist. Der Sohn Kuhns hat wegen eines Vergehens eine längere Gefängnisstrafe erhalten und ist im Gefängnis gestorben. Um diese Tatsache vor der Oeffentlichkeit zu verbergen, hat Kuhn zu dem bedenklichen Mittel gegriffen, die Mär aufzubringen, sein Sohn würde mit 1300 Leidensgenossen als Kriegsgefangener von den Franzosen in Algier festgehalten. — Beim Lesen dieses Berichtes wird gewiß in manchem Familienkreise wieder die Hoffnung aufgestiegen sein, daß der Vermißte doch noch wiederkehren könnte und sich vielleicht mit unter diesen Vermißten befindet. Die Widerlegung dieser Nachricht hat nun diese Hoffnung wieder zunichte gemacht.

— **Schützt Eure Viehbestände vor den Folgen der Trockenheit!** Die Erfahrung lehrt, daß unsere Viehbestände nach trockenen Jahren stark unter Knochenweiche zu leiden haben. Diese Erscheinung ist darauf zurückzuführen, daß Wiesen- und Weidegräser arm an Phosphorsäure und Kalk bleiben, weil diese für die Gesundheit der Tiere wichtigsten Nährstoffe von den Pflanzen in unzureichenden Mengen aufgenommen werden. Es ist deshalb dringend geboten, nach solchen Jahren kräftig mit Thomasmehl zu düngen, damit die Wiesen- und Weidepflanzen die Phosphorsäure und den Kalk aus dem Vollen schöpfen können. Nährstoffreiches Futter ist das beste Mittel gegen Knochenweiche.

Aufruf
an sämtliche Invaliden, Alters- und Unfallrentenempfänger, Witwen, Erwerbsbeschränkte und Erwerbsunfähige von Namslau und Umgegend.

Leidensbrüder und Schwestern!

Furchtbar ist die Not der Invaliden usw. Dieses grenzenlose Elend hat besonders nach dem unglücklichen Kriege an Ausdehnung zugenommen. Die Folge war, daß die Aermsten der Armen durch Hunger und Entbehrung langsam dem Tode entgegen gingen. Aber mit dem letzten Mut der Verzweiflung erkannte man, daß nur eine festgefügte Organisation in der Lage ist, den elenden Verhältnissen der Sozialrentner ein Ziel zu setzen. Dies geschah durch die Gründung eines Zentral-Verbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands, der nun fast im ganzen Reiche vertreten ist; dieser zählt z. Zt. 92 000 Mitglieder.

An Euch, werte Leidensbrüder und Schwestern von Namslau und Umgegend, die Ihr unserer Organisation noch nicht angehört, ergeht der Ruf, wollt Ihr Eure gerechte Sache aufbauen, Euer trauriges Los verbessern helfen, so schließt Euch unserer Ortsgruppe in Namslau an.

Neuaufnahmen finden in jeder Monatsversammlung in der Herberge zur Heimat statt, aber auch schriftliche Neuaufnahmen werden in der Geschäftsstelle, Ring 5 II. Etg. vom Vorsitzenden W. Thomann entgegengenommen.

Die nächste Mitgliederversammlung findet Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 3 Uhr statt.

Leidensbrüder und Schwestern, erscheint in Massen! Vor allen Dingen solche, die ihre Interessen mit vertreten und mit arbeiten wollen.

Ferner wird allen denen, die ihre große Opferwilligkeit bei der Geldsammlung zur Gründung einer Unterstützungskasse für die Invaliden und Witwen der Ortsgruppe Namslau gezeigt haben, hiermit der herzlichste Dank ausgesprochen.

Anschließend daran wird noch bekannt gegeben, daß der Herr Regierungspräsident genehmigt hat, die Geldsammlung bis zum 31. Dezember 1921 auszudehnen.

Im Namen der Notleidenden bitte ich die bewährte Opferwilligkeit uns fernerhin zu bewahren, denn Hilfe tut Not.

Der Vorstand. J. A. W. Thomann, Vorsitzender.

— Zur Förderung des Wohnungsbaues in den Jahren 1921 und 1922 sind dem Herrn Regierungs-Präsidenten — Bezirkswohnungskommissar — in Breslau Mittel in Form von Landesdarlehen zur Verfügung gestellt worden.

Von den Baulustigen, die ihr Bauvorhaben mit Hilfe von Landesdarlehen im Jahre 1922 zur Ausführung bringen wollen, können bereits die notwendigen Vorbereitungen, wie Anfertigung von Bauplänen, Sicherstellung von Geldmitteln getroffen und nach Beschaffung der notwendigen Unterlagen Anträge um Gewährung von Landesdarlehen an den Herrn Regierungs-Präsidenten in Breslau, durch das Kreiswohlfahrtsamt — Kreiswohnungsamt — in Namslau eingereicht werden.

Die Bedeutung des Baues von Landarbeiterwohnungen für Schlesien.

Dem vermehrten Bau von Landarbeiterwohnungen wenden nach wie vor die zuständigen Stellen ihre Aufmerksamkeit zu. Bekanntlich hat das Reich aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge 200 Millionen Mark zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt, deren Verwendung im einzelnen ein Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt näher geregelt hat. Von diesen 200 Millionen Mark sind bisher für Schlesien 21 Millionen Mark bereitgestellt worden. Es ist dringend erforderlich, daß diese Summe, die unserer Provinz zugute kommt, in Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse Schlesiens erhöht wird. In einer Sitzung, an der die interessierten Stellen, und zwar außer den Behörden Landbund, Landarbeiter, die Schlesische Heimstätte, die Landwirtschaftskammer und das Landesarbeitsamt vertreten waren, wurde darauf hingewiesen, daß Schlesien als Grenzmark, in der die Landarbeiterfrage besonders brennend ist, und die zunehmende Beschäftigung fremder Landarbeiter schon vielfache Bedenken hervorgerufen hat, eine weitere Heranziehung von Mitteln erwarten darf, wenn mit möglichster Beschleunigung noch weitere Anträge auf Gewährung von Bauzuschüssen bei der **Landwirtschaftskammer der Provinz Schlesien** eingebracht werden. Bisher sind über 800 vorläufige Anträge nach Berlin abgegangen und von dort auch bereits Zuschüsse zugesagt worden. Eine gewisse Verzögerung hat das späte Herauskommen der Ausführungsbestimmungen, die z. T. wieder abgeändert worden sind, verursacht. Doch ist es jetzt immer noch Zeit, die volkswirtschaftlich, privatwirtschaftlich und politisch bedeutungsvolle Hilfe in Anspruch zu nehmen, die dieser 200 Millionenfond für die deutsche Landwirtschaft, in erster Linie für die landwirtschaftlichen Haupterzeugungsstätten und Grenzgebiete, wie Schlesien, darstellt. **Die Bauberatungsstelle der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien** sendet den Antragstellern zur Erlangung eines Zuschusses aus Staatsmitteln zum Bau von Landarbeiterwohnungen die ministeriellen Richtlinien und Ausführungsbestimmungen zu, die bei der weiteren Behandlung des Bauvorhabens zu beachten sind. Eine in der oben erwähnten Sitzung gefaßte Entschließung empfiehlt, mit der Anmeldung zugleich die vorschriftsmäßigen fertigen Anträge unter Beifügung amtlicher rechnerischer und zeichnerischer Unterlagen für Neu- und Umbauten miteinzureichen und für die Entwurfsbearbeitung entweder einen siedlungstechnisch erfahrenen Architekten oder die Bauberatungsstelle der Landwirtschaftskammer oder die Schlesische Heimstätte in Breslau, Grünstraße 46, heranzuziehen.

Es ist zu hoffen, daß von **recht viel weiteren schlesischen Landwirten** von der auf diese Weise gegebenen Möglichkeit des **Baues von Landarbeiterwohnungen Gebrauch gemacht wird.** Die volkswirtschaftlich notwendige Rückführung von Arbeitern aufs Land kann nur durch den Bau ausreichender, berechtigten Anforderungen entsprechender Landarbeiterwohnungen gefördert und die Unabhängigkeit der Landwirtschaft von polnischen und sonstigen ausländischen Landarbeitern nur auf diesem Wege allmählich erreicht werden.

Ein Mahnruf an das kaufende Publikum.

Der „Breslauer Zeitung“ geht folgender Bericht zu:

Die neue Teuerungswelle, welche leider die gesamte Welt und besonders unser Vaterland heimsucht, läßt sich nicht mehr aufhalten. Die anhaltende Dürre dieses Sommers hat erheblich zu einem Aufsteigen der Preise vieler Lebensmittel und Bedarfsartikel beigetragen. Die gesunkene Kaufkraft unseres deutschen Geldes macht die Einführung von Getreide und Mehl aus dem Auslande nahezu unmöglich, oder erschwert sie doch ungemein.

Baumwolle ist in Amerika ganz enorm gestiegen; unsere Industrie braucht diese, sowie andere Rohstoffe dringend zur Herstellung neuer Waren und kann das dazu notwendige Material nur zu den höchsten Tagespreisen anschaffen. Dazu kommt, daß die Kohlenpreise anziehen. Die Löhne der Arbeiter und Angestellten steigen naturgemäß immer höher, desgleichen die Mieten und Handelsunkosten — es sei nur an die enorm hohen Rechnungen für Gas und elektrische Beleuchtung erinnert — und die Steuerlasten gehen bald ins Unermeßliche.

Daß dadurch auch alle Textilien ganz erheblich in die Höhe gehen werden, hat der Verlauf der Breslauer Messe bewiesen, bei der die großen schlesischen Leinen- und Baumwollwaren-Webereien um Ware geradezu bestürmt worden sind und wegen der dadurch hervorgerufenen Knappheit frühzeitig ihre Stände schließen mußten. Die betreffenden Fabriken haben bis Ende Dezember 1921 ihre Produktion bereits ausverkauft und werden gutem Vernehmen nach erst in etwa 14 Tagen in der Lage sein, sich darüber zu entscheiden, ob sie überhaupt einen Teil der jetzt erhaltenen Aufträge im ersten Vierteljahr 1922 werden zur Ausführung bringen können.

Bei solcher Marktlage werden folgerichtig alle Textilwaren, besonders die der Bekleidungsbranche, nicht nur knapp, sondern ganz erheblich teurer werden. So lange früher erworbene Bestände noch vorhanden sind, werden die Einzelhändler ihren Abnehmern die Vorteile des bisherigen billigen Einkaufes nicht entziehen. Aber die Zeit dürfte nicht fern sein, wo sie der Not gehorchend, alle Preise ihrem jetzigen Einkaufe entsprechend werden erhöhen müssen; man hofft indes, daß dieselben das Niveau der ersten Monate dieses Jahres nicht ganz erreichen werden.

Es ergeht daher an alle Konsumenten die Bitte, nicht zu viele wilde Einkäufe auf Vorrat vorzunehmen, sondern nur für ihren wirklichen Bedarf zu sorgen, damit sich möglichst alle Kreise der Bevölkerung einigermaßen für den kommenden Winter eindecken können. Ein übertriebener Ansturm trägt nur dazu bei, die herankommende Teuerungswelle bedeutend rascher und stärker in die Erscheinung treten zu lassen, als es notwendig ist.

Aehnliche Ausführungen hat schon vor kurzem die Landeszentrale des badischen Einzelhandels gemacht. Aber sie sind für alle deutschen Länder infolge der Fortschritte, welche die Hochkonjunktur täglich macht, dringend notwendig geworden.

Gerade jetzt ist der Augenblick gekommen, wo man von neuem in strengster Sachlichkeit das kaufende Publikum aufklären muß über die Ursachen der gegenwärtigen Teuerungswelle. Es muß verhütet werden, daß nicht durch irgendwelche unberufene oder nicht sachverständige Agitation die Schuld daran dem Stande der Detaillisten aufgebürdet werde, wie dies leider früher bei ähnlichen Preisbewegungen zu Unrecht geschehen ist. Die Detaillisten sind, wie jede kaufmännische Branche, von der Konjunktur abhängig und kennen die Pflichten, die sie gegenüber ihren Mitbürgern haben, von denen so viele gegenwärtig schwer um ihre Existenz ringen müssen. Jeder Einzelhändler bemüht sich selbstverständlich, zur Erhaltung seines Betriebes seinen Abnehmern alle nur möglichen Vergünstigungen durch Lieferung guter und gediegener Ware zu bieten.

Daß bei uns die Teuerungswelle langsamer aufsteigen möge, dazu können die Verbraucher selbst beitragen, indem sie von den bei geringen Preisschwankungen leider so oft beobachteten unsinnigen Angstkäufen Abstand nehmen. Möchten diese wohlgemeinten Zeilen den beabsichtigten Zweck erfüllen in den Kreisen, an die sie gerichtet sind. Die alsdann berechtigte Hoffnung, daß in absehbarer Zeit wieder eine Wendung zum Besseren eintreten dürfte, wird uns auch über die jetzt unausbleibliche Hochkonjunktur hinweghelfen.

Gibt es noch ein deutsches Gewissen und Rechtsbewußtsein?

Eine bedeutsame Teuerungswelle hat eingesetzt! Die verschiedenen Organisationen der erwerbstätigen Bevölkerung bemühen sich, ihre Mitglieder wirtschaftlich zu stärken, damit sie, wie bisher, auch weiterhin ihre Lebenshaltung menschenwürdig gestalten können. Bereitwilligst kommen ihnen Gesellschaft, Parlament und Regierung entgegen, Löhne, Gehälter, Pensionen, Arbeitslosenunterstützungen werden schleunigst aufgebessert werden. Milliarden spielen dabei keine Rolle. Jede Partei will ihre arbeiter- und beamtenfreundliche Gesinnung an den Tag legen und das Parlament bewilligt große Mittel, selbst wenn diese nicht vorhanden sind. „Es ist doch nur ein Akt der Gerechtigkeit, eine soziale Notwendigkeit, wenn ein Ausgleich zwischen Einkommen und Lebensmöglichkeit geschaffen wird" höre ich entgegnen! Ganz gewiß!

Warum, frage ich mich vergeblich, wurde dann bisher ein Stand von der segensvollen Auswirkung dieses Gerechtigkeitssinnes vollkommen ausgeschlossen? Nirgends, aber auch in keinem Stand ist die Not so überwältigend groß, wie unter den Rentnern. Kein Beamter, Altpensionär oder Arbeiter ist gezwungen worden, mit seinem Vorkriegseinkommen zufrieden zu bleiben und durchzukommen. Dem Rentner aber hat der Staat seine Vorkriegseinnahme, selbst wenn diese nur wenige Tausend Mark und kaum einen geringen Bruchteil des Existenzminimums betrug, durch Einziehen von Reichsnotopfer und Kapitalertragsteuer noch wesentlich geschmälert. Erschütternd ist die Not und Entbehrung des Notwendigsten in diesen Kreisen und sie wird mit jedem Tage größer. Viele bleiben für den Winter ohne Kartoffeln, Feuerung und schützende Kleidung. Will man es ihnen verargen, wenn viele in ihrer Verzweiflung und der Furcht vor dem langsamen Hungertode dem jammervollen Dasein ein vorzeitiges Ende machen?

Regierung, Parlament und Gesellschaft, wollt ihr euch endlich eurer Pflicht und Verantwortung bewußt werden und diesen durch den heutigen Staat Entrechteten, Enteigneten, Gequälten auch Gerechtigkeit widerfahren lassen?

Wer trägt die Schuld an der Verarmung der Rentner? Sie selbst, bei Gott, nicht, denn sie haben ein ganzes Leben im Schweiße ihres Angesichts mit Kopf und Hand gearbeitet und gespart! **Allein der Staat ist der Urheber ihrer trostlosen Lage** und zwar durch die Abschaffung der Goldwährung. Schuld fordert Sühne, und hat der Staat für alle anderen Kriegsmaßnahmen vollste Verantwortung und Entschädigung der durch dieselben Betroffenen übernommen, so muß er auch den Rentnern gerecht werden. Wer hat aber den Vorteil von der Außerkurssetzung der Goldwährung? **Staat und Gesellschaft!** Im geringsten Bruchteil und wertlosen Papiersetzen wird dem Rentner zurückgezahlt, was er einst vertauensselig in Goldwert Staat, Industrie, Handel, Grund- und Hausbesitz gelichen hat!

Deutsche Männer und Frauen! Gebt endlich den Beweis von eurem guten, ehrlichen, gerecht empfindenden Gewissen, rechtfertigt endlich das euch früher vom Rentner entgegengebrachte Vertrauen, gebt freiwillig heraus, was ihm von „Rechts wegen" gehört! Und ihr anderen, erhebt eure Stimmen zum machtvollen Ruf: **„Gleiches Recht für alle, auch für den Rentner!" Duldet nicht weiter die Ausbeutung des wirtschaftlich Schwächsten, zwingt Gesellschaft und Regierung, eine viel zu lange versäumte Schuld zu sühnen!**

Ein leises Klopfen und Mahnen vermag nicht mehr die eingeschläferten Gewissen zu wecken, den Freudgeist raffenden Gier zu bannen, darum pocht und hämmert mit ehernem Finger unablässig, bis ein Besinnen durch alle maßgebenden Kreise geht und dem Rentner seine verbrieften Rechte zuerkannt werden. Reiblos haben die Rentner jeder Erhöhung der Beamtenbesoldung zugesehen und ihre hohen Steuern hierzu geopfert. **Jetzt, Beamte, ist es eure Ehrenpflicht, Selbstlosigkeit zu üben und öffentlich von der Reichsregierung zu fordern, daß erst diese unglücklichen Schwerstgeschädigten gestützt werden.** Sie vermögen viel weniger, als ihr der neuen Teuerungswelle zu widerstehen.

Deutsche Männer und Frauen! Sollen diese schuldlos zum Darben Verurteilten als die ersten von den 20 Millionen, die nach Clemenceaus Ansicht in Deutschland zuviel leben, zugrunde gehen?

PK.

Erhöhung der Beitragsmarken der Invalidenversicherung.

In Nr. 80 des Reichsgesetzblatts vom 3. August 1921 ist das Gesetz über die anderweite Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung vom 23. Juli 1921 veröffentlicht, das am 1. Oktober d. J. in Kraft tritt.

Die wesentlichsten Aenderungen betreffen die Lohnklassen (§ 1245) und die Wochenbeiträge (§ 1392 der Reichsversicherungsordnung). — **Nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes sind für die Versicherten anstelle der bisherigen Lohnklassen I bis V folgende Lohnklassen gebildet:**

Klasse	A	bis zu	1000 Mark,			
„	B	von mehr als	1000	bis zu	3000	Mark
„	C	„ „ „	3000	„ „	5000	„
„	D	„ „ „	5000	„ „	7000	„
„	E	„ „ „	7000	„ „	9000	„
„	F	„ „ „	9000	„ „	12000	„
„	G	„ „ „	12000	„ „	15000	„
„	H	„ „ „	15000 Mark.			

Für die Zugehörigkeit zu einer Lohnklasse ist nicht mehr wie bisher ein Durchschnittsbetrag, sondern der wirkliche Jahresarbeitsverdienst maßgebend.

Als Wochenbeitrag werden vom 1. Oktober 1921 ab erhoben:

in Lohnklasse	A	350	Pfennig
„ „	B	450	„
„ „	C	550	„
„ „	D	650	„
„ „	E	750	„
„ „	F	900	„
„ „	G	1050	„
„ „	H	1200	„

Für die Zeit nach dem 1. Oktober 1921 dürfen also nur noch Marken in den vorstehenden Werten verwendet werden.

Die freiwillige Zusatzversicherung fällt vom 1. Oktober d. J. ab ganz weg. Personen, welche auf Grund des § 1472 ff. der Reichsversicherungsordnung Zusatzmarken verwendet und am Tage des Inkrafttretens des obigen Gesetzes einen Anspruch auf Zusatzrente nicht erworben haben, können innerhalb fünf Jahren vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes ab die Erstattung des Wertes der Zusatzmarken beantragen.

Witwengeld und Waisenaussteuer kommen vom 1. Oktober d. J. ab in Wegfall.

Arbeit adelt.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

Copyright 1917 by Greiner & Comp., Berlin W. 30.

(Nachdruck verboten.)

7. Fortsetzung.

Ich kann mich keines Falles aus der Geschichte unseres Hauses entsinnen, daß ein Lossow eine nicht standesgemäße Ehe geschlossen hätte. Ueberhaupt dies alles, was in dem Briefe steht — es ist eine furchtbar schmutzige Geschichte Du wirst doch mit mir einer Meinung sein, daß es keine Gemeinschaft geben kann zwischen uns und — dieser Familie?" — Wieder wetterleuchtete es in den Augen des alten Herrn, und um seinen Mund zuckte es seltsam. — „Es ist immerhin die Familie deines Bruders, des Freiherrn Fritz v. Lossow. — Davon kannst du mit aller Berechtsamkeit nichts wegdisputieren," sagte er mit leisem Sarkasmus. — „Kuno strich zitternd über seinen Scheitel, als sei er überzeugt, daß seine Haare sich sträubten. — „Aber, lieber Onkel, darüber sind wir doch wohl einig — daß wir es auf keinen Fall dulden dürfen, daß Fritz zurückkehrt und sich etwa gar in unserer Nähe festsetzt. Das wäre ein Skandal ohnegleichen! Deshalb müssen wir uns unbedingt von ihm lossagen! Es darf keinerlei Gemeinschaft zwischen ihm und uns geben! Nicht wahr, lieber Onkel, das ist auch deine Meinung? Helene ist derselben Ansicht. Wenn Fritz noch einen Funken Ehrgefühl besäße, dann hätte er lieber auch ferner für uns als tot gelten sollen, als uns solche Schmach anzutun." — — Schweigend sah der alte Herr eine Weile in Kunos gehässig verzerrtes Gesicht. Dann faßte er wieder nach dem Briefe. — „Laß mir den Brief hier. Ich muß das alles noch einmal ruhig durchlesen und darüber nachdenken, wenn ich allein bin. In meinem Alter urteilt man bedächtig. Wenn ich dann über alles im klaren bin, dann sollst du hören, wie ich darüber denke. Ich pflege nicht vorschnell über etwas hinwegzugehen, was ich nicht ganz verstehe. Also laß mir Zeit." — Kuno hatte ein Gefühl, als würde ihm der feste Boden unter den Füßen fortgerissen. Er hatte ganz sicher auf einen Zornesausbruch seines Oheims gerechnet. Dieser konnte noch sehr heißblütig und zornig werden trotz seiner siebzig Jahre, das wußte Kuno. Und nun diese Ruhe, diese Gelassenheit! Was sollte man davon denken, daß der alte Herr das alles so ruhig hinnahm und sogar noch Verteidigungsworte für diese Wäscherin fand? So ein alterner Vergleich mit der Herzogin von Danzig! Der alte Herr schien kindisch zu werden — das war ja schon nicht mehr zurechnungsfähig. — Jedenfalls sank Kunos Hoffnung, daß der alte Herr nun sofort im wilden Zorne Fritz enterben und ihn, den unadeligen, korrekten Kuno von Lossow zum Universalerben einsetzen würde, bedenklich zusammen. Starb Onkel Heribert jedoch, ohne ein Testament gemacht zu haben, dann erbte Fritz zu gleichen Teilen mit Kuno. Und Kuno wollte doch so gern der alleinige Erbe sein! Der Schreck über die Sanftmut und Gelassenheit des alten Herrn war ihm geradezu in die Beine gefahren. Er war unfähig sich zu erheben. — Im Drange seiner Gefühle hatte er sogar vergessen, daß er den Oheim um Geld bitten wollte. Das fiel ihm nun erst wieder ein. — „Ja — hm — thah — ich kann dir ja den Brief hierlassen. Und — was ich nun sagen wollte, lieber Onkel ich habe außerdem noch etwas auf dem Herzen, eine große Bitte. Ich bin in großer Verlegenheit — es sind da so allerlei unvorhergesehene Ausgaben. Auch Botho braucht Geld, ein Pferd ist ihm eingegangen. Du weißt, ich habe schwer zu kämpfen. Und wir müssen Gittas wegen nach außen den Schein wahren, sonst findet sich kein Freier für sie. Und ja — hm — ich möchte dich herzlich bitten — könntest du mir nicht mit fünftausend Mark aushelfen?" — Heribert Lossow erhob sich schweigend. Es kam oft genug vor, daß Kuno sich um Geld an ihn wandte — meinst ohne an das Zurückzahlen zu denken. Der Onkel hatte bisher immer gegeben, was Kuno von ihm erbeten. Er war ein reicher Mann und stellte nur noch geringe Ansprüche ans Leben. So lange sich die geforderten Summen in Grenzen hielten, die ihm angenehm waren, half er immer aus, denn er besaß viel Familiensinn und war kein Knauser. Obwohl ihm Kuno, dessen Frau und Kinder nicht sehr sympathisch waren, blieben sie doch seine Verwandten. Und so half er immer wieder, obgleich er wußte, daß sie nur auf seine Gutmütigkeit spekulierten, daß sie nach seinem Erbe trachteten und daß man in Lossow bei einigem guten Willen ganz gut hätte auskommen können. — Aber der alte Herr rechnete nicht nach und machte keine Vorwürfe. — Eine Weile stand er schweigend da, dann sagte er ruhig: „Du kannst das Geld bekommen. Warte einen Augenblick; ich hole es gleich herüber." — Damit ließ er Kuno allein. — Dieser atmete auf. — „Nein, nein — er denkt nicht daran, einen anderen als mich zu seinem Erben einzusetzen, sonst würde er mir nicht immer so selbstverständlich aushelfen. Es ist ganz klar, daß er mich allein als seinen Erben betrachtet." — So suchte sich Kuno zu beruhigen. Aber dann seufzte er wieder tief auf und schüttelte den Kopf über die Gelassenheit des alten Herrn. — „Nicht einmal die schmutzige Wäsche hat ihn aus der Fassung gebracht!" dachte er außer sich. — Als Heribert Lossow ihm dann die fünftausend Mark ausgehändigt hatte, verabschiedete er sich in ziemlich gedrückter Stimmung. — Als der alte Herr allein war, ließ er sich wieder in seinen Sessel nieder und vertiefte sich noch einmal in den langen Brief Fritz von Lossows. Als er fertig war, mußte er plötzlich laut und herzlich lachen. — „Herrgott nochmal! Wie das dem braven Kuno und der stolzen Helene in die Glieder gefahren sein mag!" dachte er amüsiert. Dann aber wurde er sehr ernst. — „Hm! Nun ja — eine schöne Geschichte ist das nicht. Verflucht peinlicher Gedanke, daß ein Lossow, dem Verhungern nahe, auf der Straße gelegen hat. Aber immerhin — er hat sich aufgerappelt, der Fritz — hat sich durchgerungen — das ist doch ein gutes Zeichen für die Lossowsche Rasse! Donnerwetter nochmal! Wie hat dieses prächtige kleine Wäschermädel doch gesagt? Ach ja, hier steht es: „Arbeit ist keine Schande — ehrliche Arbeit adelt jeden Menschen, wer er auch sei." Hm — das merke dir auch, Heribert Lossow, und stelle dich nicht im Hochmut über diese brave tüchtige Grete!" — Er stand langsam auf und trat an ein kleines Schränkchen heran, in dem einige Flaschen Wein und Liköre standen. — Er füllte ein Glas mit goldigem Wein, hielt es gegen das Licht und sagte dann vor sich hin: „Dieses Glas deinem Andenken — Grete, Freifrau von Lossow! Das ist mein Dank, daß du einen Lossow nicht elend verkommen ließest." — Er trank das Glas in einem Zug leer und ließ sich dann wieder in seinen Sessel nieder. Seine Gedanken spannen weiter. — „Jawohl, sie hat den Adelsbrief im Herzen gehabt — in ihrem ehrlichen, tapferen Herzen. Und wer will zu Gericht sitzen über Fritz v. Lossow? Ich nicht — ich nicht — denn ich stand auch einmal vor dem Nichts — als jüngster, rechtloser Sohn eines Majorats. Wer weiß, was aus mir geworden wäre, wenn meine Ulrike mich nicht in die Sonne gezogen hätte mit ihrem liebevollen Herzen. Und Kuno — was wohl aus dem geworden wäre, wenn er als nachgeborener Sohn vor dem Nichts gestanden hätte? Er soll den Stab nicht brechen, er am wenigsten! Und jetzt setze ich mich hin und schreibe Fritz einen vernünftigen Brief. Ich freue mich, daß er lebt und sich in ehrlicher Arbeit so tapfer durchgerungen hat zu einer gesicherten Lebensstellung. In ehrlicher Arbeit — trotz der schmutzigen Wäsche — bravo, Freifrau Grete! Bravo — ich erkenne dich an ebenbürtig — jawohl das tue ich — allen Kunos zum Trotz!" — So dachte der alte Herr. — Dann ging er, den Brief Fritz von Lossows in der Hand, in sein Arbeitszimmer und setzte sich an seinen Schreibtisch. Mit energischer Gebärde legte er sich Briefpapier zurecht und begann zu schreiben, mit seinen großen steilen Buchstaben, die nur aus Grundstrichen zu bestehen schienen.

„Mein lieber Fritz! Du bist im Zweifel, ob ich mir Deine Grüße gefallen lassen will, und weißt nicht, wie ich darüber denke, daß Du Dich in der alten Heimat anfällig machen willst. Nun, darüber sollst Du schnell Klarheit haben. Also, ich freue mich über Deinen Gruß, freue mich, daß Du lebst — und daß das deutsche Blut Dich nun endlich wieder heimwärts treibt. Ich freue mich sehr, daß Du ein ganzer Kerl geworden bist; freue mich, daß ich da drüben einen Großneffen und eine Großnichte habe, die eine so tüchtige, prächtige Frau zur Mutter hatten, die einen Lossow vor dem Untergang bewahrt hat. Ich habe der Freifrau Grete von Lossow vorhin einen Hochachtungsschluck geweiht — vom edelsten Rebensaft. Es tut mir wahrhaftig leid, daß ich diese frischfrohe Frau Grete nicht kennen gelernt habe. Es tut mir ferner leid, daß Du nicht schon heute oder morgen hier sein kannst; denn siehst Du mein lieber Fritz, ich bin inzwischen siebzig Jahre alt geworden und kann jeden Tag abgerufen werden. Da weiß ich nicht, ob ich es noch erlebe, daß Du mit Deinen Kindern nach Deutschland kommst. Bin ich aber noch am Leben, dann müßt Ihr in Lemkow meine Gäste sein, das bitte ich mir aus. Und Ihr sollt in Lemkow weilen, so lange es Euch bei dem alten Onkel Heribert gefällt. — Wenn Dir nun Dein Bruder Kuno mit allerlei kleinlichen Bedenken in die Parade fährt, so mache Dir nichts draus; er ist eben ein bißchen engherzig und sieht die Welt mit anderen Augen an als wir. Laß es Dich nicht kümmern — nimm ihn nicht ernst. — Weil ich nun nicht weiß, ob ich Deine Rückkehr noch erlebe, deshalb bitte ich Dich, schreibe mir etwas ausführlicher über Dein Leben und Erleben und schicke mir möglichst umgehend Eure Photographien. Denn ich möchte den neuen Lossowschen Familienzweig wenigstens im Bilde noch kennen lernen. Vergiß auch nicht, ein Bild von der blonden Frau Grete mit beizulegen. — Ich habe deinen Brief soeben erst von Kuno erhalten. Er war natürlich vollständig verdaddert. Na, mir ist es auch ein wenig in die alten, steifen Knochen gefahren, mein lieber Fritz. Nachträglich hat es mich bös' herumgerissen, daß Du drüben am Verhungern warst, während wir hier bei den bewußten Fleischtöpfen saßen. Warum bist Du nur damals so eilig auf und davon gegangen? Hättest Du nicht erst nach Lemkow kommen können, als Dich Kuno so kurzerhand aus Lossow hinauskomplimentierte? Den Kopf hätte ich Dir nicht gleich abgerissen, wenn Dir auch ein kräftiges Donnerwetter gewiß war. Als verständiger Mann muß man schon aus Pflichtgefühl einen so leichtsinnigen Springinsfeld ein bißchen abkanzeln. Das habe ich stets getan, wenn ich Dich auf dummen Streichen erwischte — wenn mir auch dabei manchmal vor Vergnügen das Herz im Leibe gelacht hat. Warst doch Blut von meinem Blut — ich hab' es immer gespürt, und es ist mir nahe genug gegangen, daß Du ohne Abschied auf und davon warst und all die Jahre daher verschollen bliebst. — Nun, es sollte wohl alles so sein, es ist ja auch zu Deinem Glück ausgeschlagen. Und nun freue ich mich, daß Du lebst.

(Fortsetzung folgt.)

eine Erhöhung der des Eisenbahngütertarifs, während am 1. Dezember d. Js. eine abermalige Erhöhung der Personenfahrpreise in Kraft tritt. Sie wird, wie verlautet, 30 v. H. betragen und soll im Wege des Zuschlags derart erfolgen, daß der bisherige Fahrpreis um 30 v. H. heraufgesetzt und sodann bei Teilbeträgen bis zu 5 Mk. auf 10 Pf., bis zu 10 Mk. auf 50 Pf. und über 10 Mk. auf 1 Mk. nach oben abgerundet wird. Die Erhöhung erstreckt sich auch auf Schnellzugzuschläge, die künftig betragen: Zone 1 (1 bis 75 Kilometer) 10 Mk. in 1. und 2. Klasse, 5 Mk. in 3. Klasse. Zone 11 (76 bis 150 Kilometer) 20 und 10 Mk., Zone III (über 150 Kilometer) 30 und 15 Mk. Ferner erstreckt sich die Erhöhung auch auf die Fahrpreise für Hunde und auf sämtliche Arten von Zeitkarten, und zwar sind bei letzteren die vom 1. September ab geltenden Sätze des Notstandstarifs um 30 v. H. zu erhöhen. Die gleiche Erhöhung wird bei den sonstigen Gebührensätzen mit Ausnahme der Sätze des Gepäcktarifs eintreten, worüber noch weitere Weisung folgen wird. — Ueber eine etwaige Erhöhung der Preise der Bett- und Bahnsteigkarten folgt ebenfalls noch weitere Weisung. Die Durchführung der Maßnahme soll dieses Mal in der Weise erfolgen, daß auf die Rückseite der Fahrkarten lediglich „ab 1. Dezember 1921 30 v. H. Aufschlag" aufgedruckt wird. Ein neuer Aufdruck von Fahrpreisen findet also nicht statt.

— **Die Kriegsdenkmünze 1914/18 des Kyffhäuser-Bundes)** ist von dem Berliner Bildhauer Prof. Hofaueus entworfen. Sie ist von ovaler Form und aus Goldbronze geprägt. Auf der Vorderseite zeigt sie das Sinnbild einer Fahne, die kampferfüllt den feindlichen Wettern trotzt und die Inschrift trägt: „Blank die Wehr — Rein die Ehr", sowie die Jahreszahlen 1914—1918. Auf der Rückseite umrahmt die Widmung: „Für Treue im Weltkriege — Der Kyffhäuser-Bund" den Abschiedsgruß an das Heer: „Aufrecht und stolz gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre gegen eine Welt von Feinden bestanden. Hindenburg". Die Denkmünze wird an einem schwarzen, an beiden Seiten weiß-rotgestreiften Bande auf der linken Brustseite getragen. Die Kosten der Kriegsdenkmünze, die 10 Mark betragen, tragen die Antragsteller. Die Verleihung erfolgt, nach Prüfung der Empfangsberechtigung durch die örtlichen Kriegervereine, durch den Vorstand des Kyffhäuser-Bundes mittels einer besonderen Verleihungsurkunde, die die Unterschriften von Hindenburg und des Generalobersten von Heeringen trägt.

— **(Eingreifen der Regierung gegen die Preissteigerungen.)** Berliner Blättern zufolge hat der Minister des Innern an die Oberpräsidenten einen Erlaß gerichtet, der sie auffordert, mit allen Mitteln und mit größtem Nachdruck vorzugehen, daß die Preissteigerungen auf allen Gebieten des täglichen Bedarfs, insbesondere bei Lebensmitteln, welche in keinem Verhältnis zu den wirtschaftlichen Ursachen stehen, durch künstliche Zurückhaltungen oder gröbliche Verfälschung wichtiger Lebensmittel Wuchercharakter annehmen. Eine eingehende fortdauernde Ueberwachung sei nötig. Die Polizei wird zu erhöhter Tätigkeit aufgefordert. Sie soll auf den Aushang der Ladenpreise achten und unzuverlässige Personen vom Handel ausschließen.

— **(Lichtspiele.)** Für Mittwoch, den 28. d. Mts., ist Herrn Grimm wiederum ein auserlesenes Programm zugegangen, das abends 8 Uhr zur Vorführung gelangt und auf das wir hierdurch aufmerksam machen. Es bietet an erster Stelle das fesselnde Schauspiel: **„Die Prinzessin vom Nil"** mit seiner reichen Ausstattung. Die Spannung der Besucher steigert sich von Akt zu Akt. Die Hauptperson des Werkes wird verkörpert durch die rühmlichst bekannte Filmschauspielerin Lya Mara. — An diese im ganzen ernste Darbietung schließt sich das Lustspiel: **„Er oder Es?"** Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Besuch der Vorstellung ein recht zahlreicher sein wird.

Turnerisches.

Die Faustballmannschaft des M.-T.-V. Jahn, welche die Gaumeisterschaft im Schlesisch-Glatzischen Grenzgau errungen hatte, weilte am 11. d. Mts. in Breslau, um gegen den dortigen Gaumeister, den Breslauer Lehrer-Turnverein um die Kreismeisterschaft zu kämpfen. Die Gaumeistermannschaft (Gornig, Mosch, Sosnitza, Fonfara und Kalotschke) mußte sich nach scharfem Kampf dem Breslauer Meister 99 : 88 beugen.
H. B.

Fußballsport.

Resultate des Sonntags.

I. Jgd. S. C. Preußen—I. Jgd. Sportfreunde Bernstadt 2 : 0.
II. Jgd. S. C. Preußen—II Jgd. Sportfreunde Bernstadt 7 : 0.
I. und III. M.-T.-V. 62 Oels—I. S. C. Preußen 2 : 1.
III. S. C. Preußen—II. Sport-Verein. Bernstadt 3 : 0.
II. S. C. Preußen—I. M.-T.-V. Carlsruhe 1 : 2.
IV. S. C. Preußen—Sport-Verein Glausche komb. mit Schupo I. 2 : 6.
I. Knaben S. C. Preußen—I. Knaben Sportfreunde Bernstadt 0 : 0.

Näherer Bericht in der nächsten Stadtblattnummer.
H. B.

— Ein Kunstgenuß, wie er selten geboten wird, steht dem Namslauer Musik liebenden Publikum bevor. Es ist dem Vaterländischen Frauen-Verein gelungen, das Künstler-Ehepaar Leo zu einem „Duetten- und Lieder zur Laute-Abend" zu gewinnen. Die glänzenden Rezensionen aus allen Zeitungen geben den Beweis, welch' großen Anklang die beiden Künstler in Berlin, Görlitz, Breslau usw. gefunden haben. So schreibt die B. Z. am Mittag: „. . . Wundervoll — diese Innigkeit, diese Scherzhaftigkeit, die da aus den alten einfachen Melodien klingt". Die Schlesische Zeitung sagt: „. . . Und es herrschte während des ganzen Abends die angeregteste Stimmung, die sich in lebhaftem Beifall für das sangesfrohe Künstlerpaar kundtat. Wohltuend berührte vor allem schon das sorgsam zusammengestellte Programm, das den Lautenfreunden viel Neues bot, dann aber auch die schlichte und innige Art des Vortrages bei Beiden. Man wird das Künstlerpaar in Zukunft im Konzertsaal stets gern begrüßen". Die Liegnitzer Volkszeitung schreibt: „Wir lernten ein Künstlerpaar von außergewöhnlichen Qualitäten kennen. Beide stehen noch im jugendlichen Alter, verfügen daher naturgemäß über jugendfrische, blühende Stimmen, die durch ausgezeichnete Schulung, die sich insbesondere bei Frau Leo bemerkbar machte, bis zur höchsten gesanglichen Kultur entfaltet sind. Aussprache und Modulation sind hervorstechend, die Gestaltungskraft ist einzig, ihre Mimik musterhaft, im Neckischen entzückend und von reizender Drollerie; mit einem Wort, das Paar bringt alle glänzenden Vorzüge mit, die wir bei Lautensängern unbedingt voraussetzen. Ganz gleich, was vorgetragen wurde, und wenn es das einfachste Lied war, immer wurde es von beiden Vortragenden in künstlerischer Hinsicht bis in das Kleinste durchdacht und interpretiert. Die Hörer lohnten. Sie überschütteten das Künstlerpaar mit Beifall" usw. — Um die hohen Unkosten zu decken und für den Vaterländischen Frauen-Verein einen Ueberschuß zu erzielen, wäre ein ausverkauftes Haus sehr zu wünschen. Der Tag der Veranstaltung wird demnächst bekannt gegeben.

Die Abgeltung der Anträge von Kriegsgefangenen auf Nachzahlung von Löhnung

(Deutsche Militärlöhnung) und auf **Ersatz für bei der Gefangennahme abgenommene Gegenstände** ist jetzt, auf Grund von Vereinbarungen des Reichsfinanzministeriums mit den Verbänden der Kriegsgefangenen und Kriegsteilnehmer, endgültig den Hilfsausschüssen für heimgekehrte Kriegsgefangene übertragen, die bei den Landratsämtern, in kreisfreien Städten bei den Magistraten eingerichtet sind.

Die Kriegsgefangenenstellen erledigen nur noch diejenigen Anträge auf Entschädigung für abgenommene Gegenstände, hinsichtlich derer bis zum 17. August d. Js. das schriftliche Anerkenntnis des betreffenden Heimkehrers über den ihm schon bewilligten Betrag bei der Kriegsgefangenenstelle oder der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene eingegangen ist. Alle übrigen Anträge der vorher genannten Art werden seit dem 15. August nicht mehr von den Kriegsgefangenenstellen, sondern nur von den Hilfsausschüssen bearbeitet.

Ehemalige Kriegsgefangene, die auf ihren bei einer militärischen Dienststelle (Abwickelungsstellen der Truppenteile, Intendanturen, Kriegsgefangenenstellen) eingebrachten Antrag bis etwa zum 18. August d. Js. noch kein Geld erhalten hatten, werden daher jetzt sofort einen Antrag bei dem für ihren Wohnort zuständigen Hilfsausschuß stellen müssen, wenn sie nicht schon auf Grund der im März d. Js. ergangenen Bestimmungen der Reichszentralstelle über Löhnungsbeihilfen einen Antrag beim Hilfsausschuß gestellt haben oder ein solcher Antrag für sie von ihrer Vereinigung aufgenommen und an den Hilfsausschuß weitergeleitet ist.

Ein Rechtsanspruch auf Ersatz des Löhnungsausfalls oder des durch Fortnahme von Sachen entstandenen Schadens besteht nicht. Die Hilfsausschüsse werden, gemäß den oben erwähnten Vereinbarungen des Reichsfinanzministeriums mit den Verbänden der Kriegsgefangenen und Kriegsteilnehmer, nach Maßgabe der Mittel, die das Reich den Hilfsausschüssen zur Verfügung stellen kann, denjenigen durch Löhnungsausfall usw. geschädigten Heimkehrern, die sich in wirtschaftlicher Notlage befinden, eine Beihilfe gewähren können, deren Höhe für den Einzelnen sich danach richten wird, wieviel er eingebüßt hat und wie seine wirtschaftliche Lage im Vergleich zu der seiner Kameraden aus dem Bezirke des Hilfsausschusses, die gleichfalls Anträge gestellt haben, zu beurteilen ist. Da nur ein bestimmter Betrag jedem Hilfsausschuß zur Verfügung steht, schädigt jeder Heimkehrer, der unberechtigte Ansprüche stellt, seine noch bedürftigeren Kameraden.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Neuregelung nur die Forderungen auf Ersatz des Ausfalls an deutscher Militärlöhnung betrifft. Die Forderungen wegen der Sanitätterlöhnung, der Arbeitslöhnung, der Fluchtkosten, sowie die Anträge auf Verabfolgung von Trauringen werden nach wie vor durch die Kriegsgefangenenstellen erledigt.

— **Feuersicherheitsinteresse.)** Kürzlich brannte beim Stellenbesitzer Kulok in Kaulwitz bei mit reicher Ernte gefüllte Scheuer bis auf die Umfassungsmauer nieder. Das anstoßende Wohnhaus ist erhalten geblieben, trotz der nicht vorschriftsmäßigen, nach der jetzigen gültigen Bauordnung aufgeführten Brandmauern. Hätte die Brandmauer eine Oeffnung (Türe) gehabt, wie es bei vielen Besitzern noch der Fall ist, so wäre auch das Wohnhaus rettungslos verloren gewesen. — Da bei den jetzigen Verhältnissen es manchem Besitzer kaum möglich ist, neu aufzubauen, ist es ratsam, sämtliche Oeffnungen (Türen), welche ohne polizeiliche Genehmigung gemacht worden sind, wieder feuersicher zu vermauern. — Die Entstehungsursache des Brandes ist bis heute unermittelt geblieben.
J. Burda.

Provinzielles.

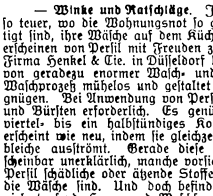
Breslau. „Im Reiche der Mode", so heißt die Ausstellung moderner Persönlichkeitskultur, die seit einigen Tagen bis Ende September die Räume des Poelzig'schen Ausstellungsgebäudes neben der Jahrhunderthalle füllt. Die Ausstellung umfaßt nicht nur Gegenstände zur Bekleidung, sondern auch solche, die den Menschen in seinem Heim umgeben und der Mode unterworfen sind. Angegliedert ist eine Ausstellung des „Schlesischen Handwerks". Die Mode-Ausstellung soll wiederkehren wie die Messe und soll bezwecken, Breslau zur Modestadt zu machen, wie die Messe sie zur Messestadt gemacht hat. — 90 Vertreter von Lehrern bezw. Lehrerinnen hat der Magistrat infolge mangelnder Schülerzahl bisher schon entlassen müssen; 60 weitere Lehrpersonen werden demnächst folgen.

Brieg. Eine Feuersbrunst richtete auf dem ehemaligen Flugplatze Grüningen großen Schaden an. Es liegt wahrscheinlich böswillige Brandstiftung vor.

Altwasser. Einen jähen Tod fand in einer hiesigen Fabrik die Arbeiterin Kammler. Es wurde ihr durch den Fahrstuhl des Lichtschachtes der Kopf derartig zerquetscht, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Schweidnitz. Eine schreckliche brutale Tat verübte ein bei einem hiesigen Barverkaufsbesitzer beschäftigter Pferdejunge. Als ihm im Stalle ein Pferd, das sich um sein Fohlen anhänglichkeit kümmerte, nicht schnell genug Folge leistete, ergriff der Rohling ein Messer und schlitzte dem Tiere beide Mundwinkel weit auf. Der bestialische Bursche ist zur Anzeige gebracht worden. — Als die Gattin des hiesigen Telegraphen-Obersekretärs Theo Mann mit ihrem Bruder nach dem Bahnhof Weißenrodau ging, wurde sie bei der Bahnüberführung von einem Automobil überfahren und getötet.

Hirschberg. Das 6jährige Söhnchen des Oberrealschuldirektors Krahl wurde von einem Auto der Kraftfahrgesellschaft Schlesien überfahren und lebensgefährlich verletzt.



Erhältlich in allen Drogerien.

— **Winke und Ratschläge.** In der jetzigen Zeit, wo die Kohlen so teuer, wo die Wohnungsnot so groß, daß viele Hausfrauen genötigt sind, ihre Wäsche auf dem Küchenherd zu kochen, ist das Wiedererscheinen von Persil mit Freuden zu begrüßen. Persil, das von der Firma Henkel & Cie. in Düsseldorf hergestellte selbsttätige Waschmittel von geradezu enormer Wasch- und Bleichkraft, macht den ganzen Waschprozeß mühelos und gestaltet ihn gewissermaßen zu einem Vergnügen. Bei Anwendung von Persil ist kein Waschbrett, kein Reiben und Bürsten erforderlich. Es genügt vielmehr ein einmaliges ein viertel- bis ein halbstündiges Kochen und die schmutzige Wäsche erscheint wie neu, indem sie gleichzeitig den frischen Geruch der Rasenbleiche ausströmt. Gerade diese zauberhafte Wirkung läßt, weil scheinbar unerklärlich, manche vorsichtige Hausfrau befürchten, daß in Persil schädliche oder ätzende Stoffe enthalten seien, die nicht gut für die Wäsche sind. Und doch befinden sie sich dabei im Irrtum, da viele tausende Haus- und Waschfrauen, die ebenso dachten, nach fortgesetzten Versuchen sich nicht allein von der absoluten Unschädlichkeit dieses einzig daständenden Waschmittels überzeugt haben, sondern zu der Einsicht gelangt sind, daß Persil die Wäsche sogar schont, weil es jeden Schmutz spielend löst, ohne die Faser oder das Gewebe im geringsten anzugreifen. Persil enthält trotz seiner überraschenden Wirkung keinerlei Chlor oder Chlorverbindungen, sodaß die Fabrik für seine absolute Unschädlichkeit bei sachgemäßer Verwendung volle Garantie leistet, so daß niemand zögern sollte, sich dieses idealen Waschmittels, das wieder in altbewährter Friekensware zu haben, zu bedienen.

Die Krähenplage

macht den Landwirten wieder viel zu schaffen. Hinter jedem Sämann, hinter jeder Sämaschine folgt eine große Schar hungriger Krähen, die häufig den größten Teil des Saatgutes, das eben erst zur Aussaat gelangte, wieder aufscharren und in ihrem ewig leeren Magen verschwinden lassen. Das hier und da empfohlene Mittel, die Krähen zu vernichten, führt nicht zum Erfolg, weil es an Zugvögel nicht fehlt. Es ist übrigens direkt schädlich, weil die Krähen nachgewiesenermaßen als Insekten- und Raupenfresser auch nützlich wirken. Dem Uebel wird dadurch am besten abgeholfen, daß das Saatgut vor der Aussaat durch Beizen den Krähen verekelt wird. Dafür gibt es ein seit 12 Jahren bewährtes und in den hauptsächlich Getreidebau treibenden Provinzen in großen Mengen verwendetes Präparat: Corbin. Dieses nach dem Verfahren der Versuchsstation der Landwirtschaftskammer Halle a. S. hergestellte Präparat ist in den einschlägigen Geschäften zu Fabrikpreisen zu beziehen. Ein Versuch dürfte im Interesse eines jeden vorwärts strebenden Landwirtes gelegen sein.

Katholische Vereins-Nachrichten.
Kath. Jugend-Verein.
Donnerstag abends 8 Uhr Versammlung in der Kath. Schule.

Zur Kohlenversorgung.

Den Inhabern von Geschäftsräumen und Werkstätten werden vom 1. Oktober cr. ab wieder besondere Zulagen in

Braunkohlenbriketts und Steinkohlen

gewährt.

Anweisungen hierauf sind allmonatlich bei der **Kreiskohlenstelle, Ring 8,** anzufordern.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Dr. Jackisch.

Bekanntmachung.

Anträge auf Erteilung von Wandergewerbescheinen für 1922 sind baldigst zu stellen.

Namslau, den 22. September 1921.

Die Polizeiverwaltung.

Zur Kohlenversorgung.

Im Monat **Oktober** werden die Markenabschnitte 1—4 beliefert und zwar entfallen auf:

Kohlenkarten A	2	Ctr.	**Steinkohlen**	für die Haushaltungen der Stadt Namslau
„ B	2	„	**Steinkohlen**	
	1	„	**Braunkohlenbriketts**	
„ C	2	„	**Steinkohlen**	
	2	„	Braunkohlenbriketts	
Kohlenkarten A	2	Ctr.	Steinkohlen	für die Haushaltungen der Landgemeinden.
„ B	3	„	Steinkohlen	
„ C	4	„	Steinkohlen	

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Dr. Jackisch.

Kohlenkarten-Ausgabe.

Die Ausgabe der neuen, bis 31. Dezember gültigen Kohlenkarten erfolgt wieder durch die Kreiskohlenstelle (Ring 8) und zwar für die Stadt Namslau:

am 29. September vorm. 8—12 Uhr für die Haushaltungen Ring, Bahnhofstr., Peter-Paulstr., Pfarrgasse, Mühlgasse, Wassergasse;
nachm. 2—6 Uhr für die Haushaltungen Klosterstraße, Herrengasse, Mittelstraße, Langestraße, Hospitalgasse, Hintergasse;
am 30. September vorm. 8—12 Uhr für die Haushaltungen Andreas-Kirchstr., Schützenstr., Poststr., Schulstraße, Hohegasse, Braugasse;
nachm. 2—6 Uhr für die Haushaltungen Krakauerstr., Wilhelmstraße, Kasernenstraße, Briegerstr., Haselbachstr., v. Marcestr., Gartenstr., Parkstr.;
am 1. Oktober vorm. 8—12 Uhr für die Haushaltungen Dt. Vorstadt, Poln. Vorstadt, Sand-Vorstadt.

Kontrollkarten sind vorzulegen und der für die einzelnen Straßen angesetzte Ausgabetag ist **unbedingt innezuhalten.**

Die Ausgabe der Karten für die Landgemeinden wird durch die Ortsausschüsse vorgenommen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Dr. Jackisch.

Gebrauchte geflickte Jutesäcke,
in Mengen von mindestens 25 Stück, hat noch abzugeben
Kreisausschuß Namslau (Zimmer 10).

Reichsverpflegungsamt Oels
(früheres Proviantamt)
kauft immer noch direkt von Produzenten

Hafer, Heu und Stroh

zu Tagespreisen.

Volksbildungsverein.

Montag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr findet in **Grimms Hotel** die

General-Versammlung

statt.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Bibliotheksbericht.
3. Kassenbericht.
4. Aufstellung des Haushaltsplanes.
5. Vorstandswahl.
6. Anträge betr. Abhaltung eines Wintervergnügens etc.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Donnerstag, den 29. September 1921, 4 Uhr nachmittags findet in **Grimms Hotel, Namslau** die

3. ordentliche General-Versammlung,

des Arbeitgeberbundes der land- u. forstwirtschaftlichen Unternehmer des Kreises Namslau, e. V.

statt. **Vollzähliges Erscheinen** liegt im Interesse **jeden Mitgliedes.**

Tagesordnung:
1. Kassenbericht und Entlastung der Rechnungsführer.
2. Ueberblick über die Wirtschaftslage.
3. Neuwahl des Vorstandes.
4. Verschiedenes.

Der Vorsitzende.
Bennecke.

Für die uns anläßlich unserer **Vermählungsfeier** erwiesenen Aufmerksamkeiten **danken wir herzlichst.**

Namslau, im September 1921

Hans Ignor u. Frau Helene geb. **Glatz.**

Braugerste

kauft zu höchsten Tagespreisen

Brauerei A. Haselbach.

Statt jeder besonderen Meldung.

Heute früh 4½ Uhr rief Gott nach schwerem Leiden aus einem arbeitsreichen Leben in die ewige Heimat meinen innig-geliebten, teuren Mann, unsern lieben Bruder, Schwager, Vetter und Onkel,

Landwirtschaftsrat

Moritz Arndt

Direktor der landwirtsch. Schule Namslau.

Sein Denken und Bitten gehörte bis zum letzten Atemzuge seinen Schülern und dem Wohle der Landwirtschaft.

In tiefstem Schmerz

Wanda Arndt
geb. **von Pfannenberg**

z. Zt. **Breslau**, den 25. September 1921.

Beisetzung in Oels i. Schl.
Freitag, den 30. September nachm. 3 Uhr.
Beileidsbesuche dankend abgelehnt.

Nach kurzem Krankenlager verschied am 24. d. Mts., nachm. 5½ Uhr mein lieber Mann, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der

frühere Mühlenbesitzer

Reinhold Reichelt

im Alter von 75 Jahren. In tiefstem Schmerz zeigt dies an

Namslau, Dt. Vorstadt, im September 1921

Louise Reichelt.

Beerdigung Mittwoch nachm. 3 Uhr.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Bruders, Onkel und Schwagers, des

Schneidermeisters **Pramor,**

für die vielen Kranzspenden und den schönen Grabgesang, sowie die trostreichen Worte des Herrn Pastor Peschel am Grabe sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Namslau, den 28. September 1921.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Am 26. d. Mts., früh 4½ Uhr verschied plötzlich und unerwartet nach eintägigem Krankenlager unsere liebe, gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

verw. Frau **Pauline Zlobinski**
geb. **Vogt**

im Alter von 73 Jahren.
Dies zeigen schmerzerfüllt an

Wilkau, den 28. September 1921

Fritz Zlobinski u. Frau
nebst **Anverwandten.**

Beerdigung findet Donnerstag nachm. ½3 Uhr in Wilkau statt.

Namslauer Lichtspiele.

Grimm's Hotel.

Mittwoch, den 28. September 1921, 8 Uhr

Musik von Herrn Bochnig.

Die Prinzessin vom Nil.

Filmspiel in 5 Abteilungen mit Lya Mara.

Er oder Es?

Lustspiel.

Freitag, den 30. September d. Js. 8 Uhr abends

außerordentliche

General-Versammlung

bei **Schwuntek.**

Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich. **Der Vorstand.**

Zu der am **Sonntag, den 2. Oktober, nachm. 4 Uhr** bei Herrn Gastwirt **Stirnagel** in **Strehlitz** von dem unterzeichneten Reichsbund veranstalteten

Gründungs-Feier

werden hierzu alle Freunde und Gönner herzlichst eingeladen.

Der Festausschuß des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten u. Hinterbliebenen.

Unserer hochverehrten Herrschaft **Baron v. Stosch** danken wir herzlichst für das uns gegebene

schöne Erntefest

und die reichlichen Gaben, sowie für ihre innige Anteilnahme. Auch Herrn Ober-Inspektor **Rauhut** vielen Dank für seine große Mühe, welche viel zum guten Gelingen des Festes beitrug.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen vom Dom. Böhmwitz.

Für das schöne Erntefest

danken wir herzlichst unserer hochverehrten Herrschaft **Baron v. Stosch** und den hohen Herrschaften, welche daran teilgenommen haben, sowie dem Wirtschafts-Inspektor Herrn **Rauhut.**

Sämtliche Arbeiter u. Arbeiterinnen von Dom. Lankau.

Meiner sehr gesch. Kundschaft zur gefl. Kenntnis, daß

Herr R. Warschauer, Namslau
Klosterstr. 4

nach wie vor meine Annahme-Stelle besitzt.

Aufträge auf Reinigung oder Färbung

von Kleidungsstücken jeder Art, Stoffen, Gardinen, Portieren, Handschuhen usw. werden jederzeit gern entgegengenommen.

Mehrkosten durch die Vermittelung entstehen durchaus nicht.

Färberei Felix

Breslau 24.

M.-L.-V. „Jahn".
Donnerstag, 29. September abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung bei Herrn **Jacob.**

Zwangs-Versteigerung.

Donnerstag, den 29. d. Mts., vorm. 11 Uhr werde ich hierselbst in der Pfandkammer (Amtsgericht) einen

Winter-Paletot

öffentlich versteigern.

Reimann,
Gerichts-Vollz. in Namslau.

Zu dem am **Sonnabend, den 1. Oktob.** stattfindenden

Tanz-Kränzchen

ladet freundlichst ein

Seidel, Damnig.

Freiw. Versteigerung.

Sonnabend, den 1. Okt. 1921, vorm. 9 Uhr werde ich bei Frau Gasthofbesitzerin Schwuntek

Bettstellen, Stühle, Tische, 1 Badewanne, 1 Nähmaschine, Spiegel, Haus- und Wirtschaftsgeräte u. a. m.

öffentlich versteigern.

Reimann,
Gerichts-Vollz. in Namslau.

---

100 Mark Belohnung!

In vergangener Woche, nachts von Donnerstag zu Freitag, ist mir vom Felde bei Obischau **sämtliches Kraut gestohlen** worden. Obige Belohnung und strengste Verschwiegenheit sichere ich demjenigen zu, welcher mir die Täter angeben kann. **Robert Mücke, Obischau.**

Der geehrten Einwohnerschaft von **Namslau und Umgegend** zur gefälligen Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage das

Geschäft

des verstorbenen **Schneidermeisters Pramor** übernommen habe.

Ich bitte, das dem Verstorbenen entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen und werde bemüht sein, meine Kundschaft durch meine Arbeiten stets zufrieden zu stellen.

Hochachtungsvoll

Wilhelm Klose,
Schneidermeister.

Weißkraut

trifft in den nächsten Tagen ein u. gibt ab direkt vom Waggon

Herbert Kastner, Namslau
Telefon 75.

Empfehle mein Lager in:

Zement, Kalk, Dachpappe,

sowie sämtlichen Bauartikeln

in prima Qualitäten zu billigsten Tagespreisen.

Otto Kynast,

Seifferts Nachf.
Eisenhandlung Ring 4.

Ab 1. Oktober für die Bahnhofsbuchhandlung Namslau

ein Verkäufer oder Verkäuferin

gesucht. Wöchentlicher Verdienst 80—100 Mark.

Bahnhofsbuchhandlung Namslau.

Nebst 1 Beilage.